



JAHRESBERICHT 2012



Bonn International Center for Conversion

B · I · C · C

Impressum

BICC • Bonn International Center for Conversion – Internationales Konversionszentrum Bonn GmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1 • 53121 Bonn • Deutschland • Tel.: +49-228-911 96-0 • Fax: +49-228-911 96 22
E-Mail: bicc@bicc.de • Internet: www.bicc.de
Direktor: Peter J. Croll • Herausgeberin: Susanne Heinke • Publishing Management: Heike Webb

Mitarbeit am Jahresbericht 2012

Projektleitung: Susanne Heinke
Autoren: Christine Andrä, Michael Ashkenazi, Marc von Boemcken, Claudia Breitung, Peter J. Croll, Michael Dedek, Elke Grawert, Jan Grebe, Susanne Heinke, Marius Kahl, Marie Müller, Botschafter Rolf Nikel, Ruth Vollmer, Lars Wirkus
Redaktion: Susanne Heinke
Übersetzung: Lynn Benstead (Englisch), Heike Webb (Deutsch/Englisch)
Sonstige Mitarbeit: Alexander Strunck (Karten), Susanne Zacharias
Layout: Ralf Kolmsee, F5 Mediengestaltung
Redaktionsschluss: 8. Juni 2012

Dieses Werk steht unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Unported Lizenz - siehe: creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de



Inhalt

Geleitwort	4
Vorwort	5
Geschäftsbericht	7
Projektberichte	
www.ruestungsexport.info – Wie ist die Sicherheitslage in Indien, Pakistan, den Philippinen und Thailand?	12
Globaler Militarisierungsindex (GMI) 2012 – Weiter hohe Militarisierung im Nahen und Mittleren Osten	14
Südsudan – Sicherere Lagerung von Kleinwaffen und Munition	16
Neue Bedrohungen durch MANPADS?	18
Interaktive Datenbank als neues Instrument zur Verifikation und Kontrolle von Kleinwaffen	20
„Eine Alternative zu Wikipedia“ – Erfahrungen eines Schülers mit sicherheitspolitik.bpb.de	22
Demobilisierung und Reintegration im Südsudan – Neubeginn in einem schwierigen politischen Umfeld	24
Entwicklungszusammenarbeit und private Sicherheitsfirmen	26
Enttäuschte Erwartungen – Lokale Auswirkungen von Erdölförderung in Melut County, Südsudan	28
„Faires“ Gold aus Kleinbergbau in Peru und der DR Kongo?	30
Die politische Ökonomie von Sicherheit – Kommerzialisierung, Rüstungsindustrie und Migrationskontrolle	32
„Die Landschaft der militärischen Standorte Deutschlands wird sich nachhaltig ändern“	34
Publikationsliste	38
Das BICC	41

Geleitwort



Das BICC hat sich in den 18 Jahren seines Bestehens als friedens- und sicherheitspolitisches Forschungsinstitut sowie als Organisation zur Umsetzung von Projekten der Beratung und des Kapazitätsaufbaus im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle, der Sicherheitssektorreform und der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration einen international anerkannten Ruf erworben. Im Rahmen praktischer Abrüstungsmaßnahmen hat das Auswärtige Amt die Expertise des BICC in den letzten Jahren kontinuierlich und immer intensiver genutzt. Zu den Schwerpunkten unserer Zusammenarbeit gehören der Kleinwaffenbereich, internationale Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit in der Friedens- und Sicherheitspolitik sowie konkrete Aufträge zur Beratung von Regierungen im Bereich der Rüstungskontrolle. Ich freue mich, dass mit der Einbindung des Zentrums für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr in mehrere Projekte das BICC auch ressortübergreifend für die Bundesregierung tätig werden konnte.

Der breite Ansatz der Friedens- und Konfliktforschung des BICC, der aktuelle Forschung mit praktischer Beratungsarbeit und Erfahrungen in Konfliktgebieten vor Ort verbindet, kommt dabei unserem vernetzten Rüstungskontrollpolitischen Ansatz zugute. Die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen, zu der gerade das BICC über besondere Expertise verfügt, ist ein Paradebeispiel präventiver Sicherheitspolitik. Sie ist einerseits zentraler Aspekt der konventionellen Rüstungskontrolle. Sie ist andererseits ein entscheidendes Element der Stabilisierung in Post-Konflikt-Situationen, da gerade nach bewaffneten Auseinandersetzungen die ungehinderte Verbreitung von Kleinwaffen den friedlichen Wiederaufbau stören oder verhindern kann. Das Auswärtige Amt engagiert sich daher aktuell bei der Kontrolle von Kleinwaffen, Munition und Minen in Libyen. Die jüngsten Entwicklungen in Mali zeigen erneut, wie destabilisierend der Zustrom von Kleinwaffen auf ganze Gesellschaften wirken kann. In dieser Perspektive ist die Kleinwaffenkontrolle auch Teil eines präventiven Konzepts, das den Ausbruch bewaffneter Gewalt im Vorfeld zu verhindern versucht. Die Arbeit des BICC spiegelt beide Aspekte beispielhaft in den Projekten im Auftrag des Auswärtigen Amt im Sudan und im Südsudan wider, in denen es die Regierungen in der Entwaffnung und Demobilisierung sowie der Lagerhaltung von Waffen und Munition berät.

Auch Transparenz und Vertrauensbildung sind unverzichtbare Elemente einer präventiven Sicherheitspolitik. Deutschland hat auf diesem Gebiet ein hohes Profil. Es setzt sich zusammen mit Rumänien im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen und bilateral für eine gewissenhafte Umsetzung der Resolutionen zur Berichterstattung über Militärausgaben ein. Das Auswärtige Amt tritt auch für eine Stärkung des UN-Registers für konventionelle Waffen als zweitem wichtigen globalen Transparenzinstrument ein. Insbesondere die Erweiterung des Waffenregisters um Kleinwaffen könnte einen wesentlichen Gewinn für die Transparenz in Staaten mit bewaffneten Auseinandersetzungen bedeuten. Die wichtige gegenseitige Ergänzung zwischen Regierungen und unabhängigen Organisationen wie dem BICC zeigt sich auch hier: Die im Rahmen der Vereinten Nationen generierten Daten bilden eine maßgebliche Grundlage für die aufbereitete, übersichtliche und gut lesbare Darstellung von globalen Vergleichen im Bereich der Rüstungskontrolle wie der Globale Militarisierungsindex des BICC. Durch diese Veröffentlichungen erhalten die Transparenzmaßnahmen eine öffentliche Wirksamkeit, die sie zu schlagkräftigen Instrumenten macht.

Der vorliegende Jahresbericht des BICC spiegelt die ganze Bandbreite der Aktivitäten wider – von Studien mit entwicklungspolitischen Schwerpunkten wie dem Zusammenhang zwischen Migrationsmustern und bewaffneten Konflikten bis hin zu Effektivitäts- und Erfolgsanalysen von UN-Friedensmissionen.

Mit seinem vernetzten und ganzheitlichen Analyseansatz, seiner ausgewiesenen Expertise im sicherheits- und entwicklungspolitischen Umfeld, seiner Verbindung von Forschungstätigkeit und praktischer Beratungsarbeit und einem hoch motivierten Mitarbeiter-Team leistet das BICC einen wichtigen Beitrag zu deutscher Friedenspolitik. Das Auswärtige Amt wird auch künftig hierauf zurückgreifen. Ich wünsche dem BICC auch persönlich für seine Arbeit weiterhin den Erfolg, den es verdient.

Botschafter Rolf Nickel

Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der
Abrüstung und Rüstungskontrolle
Auswärtiges Amt

Vorwort



Das Jahr 2012 ist etwas Besonderes – für das BICC und auch für mich persönlich. Das BICC beging im April seinen 18. Geburtstag, ist also „volljährig“ geworden. Ich selbst habe am 3. Mai 2012 nach mehr als zehn Jahren meinen offiziellen Abschied als Direktor des Konversionszentrums gefeiert.

„Frieden, Sicherheit und Entwicklung durch anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Kapazitätenentwicklung“ lautet unser Mission Statement. Das heißt, Sicherheit und die Transformation von Konflikten können nur dann erreicht werden, wenn gleichzeitig Frieden und Entwicklung gefördert werden. Diese normative Orientierung ist auch im allgemeinen Verständnis von „Konversion“ enthalten, das der Verringerung und Transformation von militärischen Beständen, Prozessen und Kapazitäten gewidmet ist. Dieses Konzept hat das BICC in den letzten 18 Jahren aktiv entwickelt.

So gesehen beinhaltet „Konversion“ also ein Verständnis von Frieden und Sicherheit, das über den engen Fokus auf die militärische Sicherheit von Staaten hinausgeht. Als Antwort auf einige der Herausforderungen in Bezug auf Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert hat das BICC sechs Programmbereiche identifiziert. Sie werden inhaltliche Überschneidungen und Synergien in den BICC-Geschäftsfeldern Forschung, Beratung und Kapazitätenentwicklung noch stärker als bisher befördern. Dies spiegelt der vorliegende Jahresbericht 2012 wider.

Programmbereich **Rüstung – Globale Trends, Exporte und Kontrolle**: Bereits seit 2002 erstellt das BICC immer wieder aktualisierte Länderportraits zu Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerstaaten deutscher Rüstungsexporte. Der Jahresbericht stellt aktuelle Ergebnisse in Bezug auf die asiatischen Staaten Indien, Pakistan, Thailand und Philippinen vor. Ebenso enthält er ein Update der Karte des Globalen Militarisierungsindezes (GMI) 2012, die das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparates eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes abbildet.

Das Thema Kleinwaffen (SALW) greift der Jahresbericht mit drei Projekten auf. Zum ersten berichtet er über die Entwicklung neuer tragbarer Luftabwehr-

systeme, sog. „Manpads“. Zum zweiten stellt er eine interaktive Datenbank zur Erkennung und zur Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen vor. Das dritte SALW-Projekt befindet sich inhaltlich an der Schnittstelle zum Programmbereich **„Sicherheit – Akteure, Systeme, Bedrohungen“**. Hierbei geht es um die Anstrengungen des Südsudan, das Management von Lagerung und Kontrolle von Kleinwaffen im Sicherheitssektor zu verbessern. Die beiden letzteren Projekte sollen auch auf der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über erzielte Fortschritte bei der Umsetzung des UN Aktionsprogramms gegen Kleinwaffen und leichte Waffen im August/September 2012 in New York präsentiert werden.

Wissenschaftler des BICC haben private Sicherheitsanbieter in Timor Leste, Liberia und Peru untersucht. Besonders interessiert waren sie an der Beziehung zwischen privater Sicherheit und Entwicklungszusammenarbeit, die sich einerseits mit der Reform des Sicherheitssektors befasst, andererseits aber oft auch „Kunde“ von privaten Sicherheitsanbietern ist.

Die thematischen Überschneidungen von „Rüstung“ und „Sicherheit“ mit dem Programmbereich **„Migration, Konflikte und Sicherheit“** greift der Artikel „Die politische Ökonomie von Sicherheit: Kommerzialisierung, Rüstungsindustrie und Migrationskontrolle“ auf.

Aus dem Programmbereich **„Rohstoffe und Konflikte“** kommt ein Projekt zu den lokalen Auswirkungen von Erdölförderung in Melut County, Südsudan. Eine andere BICC-Forschung stellt die Frage, ob „faïres“ Gold aus dem Kleinbergbau in Peru und der DR Kongo zu haben ist.

„Die Landschaft der militärischen Standorte Deutschlands wird sich nachhaltig ändern“ lautet eine These aus einem Interview mit Vertretern des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen und einem BICC-Experten, das dem Programmbereich **„Liegenschaftskonversion“** zuzuordnen ist.

Es liegt auf der Hand, dass die Arbeit des Programmbereichs **„Daten und GIS (Geoinformationssysteme)“** in viele einzelne Produkte wie Datenbanken, Karten

und Infografiken einfließt. Herausragend ist hier das modular aufgebaute Informationsportal zum Themenkomplex Krieg und Frieden sicherheitspolitik.bpb.de, das gemeinsam vom BICC und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) entwickelt wurde.

„Angesichts der vielen Kriegsschauplätze dieser Welt ist klar: Die Arbeit des BICC muss weitergehen. Die Menschen in den vielen Konfliktherden dieser Welt brauchen Exit-Strategien hin zu Sicherheit und ausreichender Versorgung“, würdigte Helmut Dockter, Staatssekretär im Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen und Aufsichtsratsvorsitzender des BICC, am 3. Mai unser Institut. Das BICC wird in Zukunft von einer Doppelspitze geleitet, nämlich von einem kaufmännischen und einem wissenschaftlichen Geschäftsführer, dessen Position mit einer Professur für Friedens- und Konfliktforschung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn verbunden sein wird. Hierfür haben BICC und Universität einen Kooperationsver-

trag geschlossen. So ist sichergestellt, dass die Arbeit fortgesetzt und weiterentwickelt wird.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch im Vorwort dieses Jahresberichts 2012 nicht nur dem Land Nordrhein-Westfalen für seine Unterstützung des BICC zu danken, sondern auch all unseren Auftraggebern und Kooperationspartnern. Mein besonderer Dank gilt natürlich meinen Kolleginnen und Kollegen am BICC, mit denen ich die Erkenntnis teile: „Konversion beginnt in den Köpfen“. Ihnen möchte ich meinen Leitsatz mit auf den Weg geben: „In der Welt geerdet ... und die Köpfe ‚bewegen‘“. Das war und ist meine Maxime.

So möchte ich mich denn auch von Ihnen verabschieden und bleibe Ihnen in der „Konversion“ auch weiterhin verbunden. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und lade Sie herzlich zur Kommentierung unseres Jahresberichts 2012 ein.

Peter J. Croll
Direktor BICC

Geschäftsbericht

Das BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion) befasst sich auf der Grundlage anwendungsorientierter Forschung an der Schnittstelle zwischen Frieden, Sicherheit und Entwicklung mit allen Fragen, die dazu beitragen Abrüstung weltweit umzusetzen. Es versteht sich als Einrichtung der Forschung, des Wissensmanagements, der Dienstleistung und Politikberatung mit nationalem und internationalem Wirkungskreis. Partner, Förderer oder Kunden sind u.a. die Bundesregierung, die Europäische Union, Stiftungen sowie verschiedene nicht staatliche Einrichtungen aus Wissenschaft und Politik.

Das BICC ist seit 1994 als gemeinnützige GmbH verfasst und hat heute zwei Gesellschafter – das Land Nordrhein-Westfalen und das Land Brandenburg. Das Zentrum steht für das Engagement des Landes NRW für Bonn als Standort der internationalen Zusammenarbeit und der Entwicklungspolitik.

Die Gesellschafter werden vom Aufsichtsrat beraten, der auch die Geschäftsführung überwacht. Er besteht

Internationales Konversionszentrum Bonn - Bonn International Center for Conversion (BICC) GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn,
 Telefon: +49-(0)228-911 96-0, Fax: +49-(0)228-911 96-22,
 E-Mail: bicc@bicc.de, Internet: www.bicc.de
 Geschäftsführer: Peter J. Croll
 Prokurist: Michael Dedek
 Handelsregister: Bonn HRB 6717
 Steuernummer: 5202/5783/0483
 VAT Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE811913398

Gesellschafter des BICC:	
Land Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf:	85%
Land Brandenburg, Potsdam:	15%

aus bis zu sieben Mitgliedern, die von der Gesellschafterversammlung bestellt werden, und ist u.a. für die Genehmigung der jährlichen Arbeitsprogramme und Finanzplanungen zuständig.

Die Aufsichtsratsmitglieder im April 2012

1. Staatssekretär Helmut Dockter, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
2. Dr. Lale Akgün, Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
3. Prof. Dr. Armin B. Cremers, Prorektor, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
4. Michael Deitmer, Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
5. Franz Meiers, Geschäftsführer, NRW.URBAN Service GmbH, Dortmund
6. Dirk Reitemeier, Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, Potsdam
7. Helmut Rubin, Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Die Geschäftsführung des BICC wird im Jahr 2012 nach dem Ausscheiden des jetzigen Direktors umstrukturiert. So werden es in Zukunft gemeinsam ein wissenschaftlicher und ein kaufmännischer Geschäftsführer leiten. Die Position des wissenschaftlichen Geschäftsführers wird mit einer Professur für Friedens- und Konfliktforschung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn verbunden sein. Der kaufmännische Geschäftsführer stellt die betriebswirtschaftliche und rechtliche Steuerung aller Bereiche und Projekte sicher. Diese Doppelspitze stärkt einerseits die inhaltlich-wissenschaftliche Arbeit und andererseits die auf Akquisition, Effizienz und Wirtschaftlichkeit ausgerichtete Organisation mit den entsprechenden Verfahren und Leistungen.

Das BICC und insbesondere seine Geschäftsführung werden in allen wissenschaftlichen, politischen und auch akquisitorischen Fragen von einem Internationalen Kuratorium beraten. Das Kuratorium macht Vorschläge zum Arbeitsprogramm, kommentiert die Publikationen des BICC und gibt inhaltliche Anregungen.



Die wichtigsten Projekte 2011/2012 im Überblick

Anwendungsorientierte Forschung		Auswahl Produkte/ weitere Informationen
Außen- und sicherheitspolitisches Engagement europäischer Staaten im Nahen und Mittleren Osten	seit Dezember 2010	Teilvorhaben innerhalb des vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) koordinierten Verbundprojekts Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren (TERAS-INDEX)
Kommerzialisierung von Sicherheitsproduktion in Entwicklungsländern	bis Februar 2012	Forschungsvorhaben mit Feldforschung, finanziert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ); siehe BICC <i>brief</i> 45
Kleinschürfer von Rohstoffen in Entwicklungsländern	seit Juli 2011	Forschungsvorhaben mit Studien zur DR Kongo und Peru in Zusammenarbeit mit Südwind Institut für Ökonomie und Ökumene finanziert von Evangelischem Entwicklungsdienst (eed), Misereor, Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW und der Stiftung internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn
Chinesische Ölinvestitionen im Südsudan	seit August 2011	Forschungsprojekt mit Feldforschungskomponente gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
DITAC – Entwicklung eines europäischen Curriculums für internationales Krisenmanagement	seit Januar 2010	Projekt mit internationalem Konsortium im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU
Wirtschaftsinteressen und –akteure in arabischen Ländern und ihre Rolle im Arabischen Frühling und danach	seit Juni 2012	Forschungskooperation mit Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus Ägypten, Sudan, Syrien und Jordanien, gefördert von der Volkswagenstiftung
Beteiligung des BICC am jährlichen Friedensgutachten	seit 1999	Buchveröffentlichung siehe www.friedensgutachten.de



Beratung

Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte sowie Globaler Militarisierungsindex (GMI)	seit Mai 2002	Datenbanken und Länderberichte mit Grunddaten zu Rüstung, Militär, Sicherheit, Menschenrechten und Regierungsführung in 170 Ländern; siehe www.ruestungsexport.info
Fortlaufende Beratung zu Fragen der Liegenschaftskonversion	seit März 2010	Beratung der NRW Landesregierung in Kooperation mit der NRW.URBAN
Unterstützung und Kapazitätenbildung für den Umgang mit Kleinwaffen- und Munitionslagern und -überschüssen im Südsudan	ab Mai 2011	In Zusammenarbeit mit dem Southern Sudan Bureau for Community Security and Small Arms Control (SSBCSSAC), gefördert vom Auswärtigen Amt
Studie zu sicherheitsrelevanten Risiken tragbarer Luftabwehrsysteme (MANPADS)	seit Januar 2012	Studie mit Förderung des Auswärtigen Amtes
Beratungseinsatz zur Unterstützung der zivilen Komponente der African Union Mission in Somalia (AMISOM)	seit Februar 2012	Sachverständigenmission im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Informationsportal Kleinwaffen: Eine webbasierte Datenbank für die Praxis – Klassifikation, Eigenschaften und globale Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen	seit März 2012	In Zusammenarbeit mit dem Verifikationszentrum der Bundeswehr (ZVBw) finanziert vom Auswärtigen Amt

Kapazitätenentwicklung (Capacity Development)

Unterstützung für Abrüstung, Demobilisierung und Reintegration (DDR) im Südsudan (Kapazitätenaufbau-Komponente)	seit Oktober 2009	In Zusammenarbeit mit der Southern Sudan DDR Commission (SSDDRC) im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Zahlen und Fakten zu Krieg und Frieden – Interaktives Online-Portal	seit Juli 2010	Konzeption, Entwicklung und Implementierung im Auftrag der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb), siehe sicherheitspolitik.bpb.de
Rohstoffe für eine gerechte Welt – Fotoausstellung	seit April 2008	Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildung, gefördert durch das Hilfswerk der katholischen Kirche MISEREOR, siehe www.rohstoffgerechtigkeit.de



Das Internationale Kuratorium im Juni 2012

1. Dr. Sverre Lodgaard (Norwegen), Vorsitzender des Internationalen Kuratoriums, eh. Direktor des Norwegischen Instituts für Internationale Politik (NUPI)
2. Dr. Hans Blix (Schweden), eh. Direktor der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO)
3. Prof. Dr. Janos Bogardi (Deutschland), Geschäftsführer, International Project Office, Global Water System Project (GWSP)
4. Botschafter Jayantha Dhanapala (Sri Lanka), Präsident, Pugwash Conferences on Science and World Affairs
5. Dr. Monika Hauser (Deutschland), Gründerin und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied von medica mondiale e.V.
6. Prof. Dr. Wolfram Hilz (Deutschland), Professor für Politische Wissenschaft, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
7. Botschafter Bethuel Kiplagat (Kenia), Geschäftsführer des Africa Peace Forum (APFO)
8. Dr. Carlos Lopes (Schweiz), Direktor, Vereinte Nationen, Institut für Training und Forschung (UNITAR)
9. Dr. Ulla Mikota (Deutschland), Leiterin Unterabteilung Afrikapolitik, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn, Deutschland
10. Botschafter Herbert Salber (Deutschland), Beauftragter für Sicherheitspolitik, Auswärtiges Amt, Berlin, Deutschland
11. Dr. Dan Smith (Großbritannien), Generalsekretär von International Alert
12. Dr. Michael Stückradt (Deutschland), eh. Staatssekretär im Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (jetzt Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen)
13. Botschafter Dr. Theodor Winkler (Schweiz), Direktor, Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF)

Seine Mitglieder werden von der Gesellschafterversammlung berufen.

Um seine vielfältigen Aufgaben und Dienstleistungen erfüllen zu können, vertraut das BICC auf eine internationale und interdisziplinär geprägte Belegschaft sowie unterschiedlichste Partner. Es ist im Jahr 2011 weiterhin gewachsen und beschäftigte durchschnittlich 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 14 in Vollzeit sowie 21 in Teilzeit.

Das Konversionszentrum bietet auch Praktikantinnen und Praktikanten die Möglichkeit der Mitarbeit in einem international tätigen Zentrum. Zwischen Januar 2011 und April 2012 waren neun Praktikanten aus sieben Ländern am BICC tätig.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Finanzen der GmbH basieren auf zwei Säulen: Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) unterstützt das Konversionszentrum als Hauptgesellschafter mit einer Hauptzuwendung. Diese ermöglicht es im Rahmen des sogenannten Drittgeschäftes, Aufträge und Förderungen anderer Geldgeber zu akquirieren, die das gesamte Spektrum der Aufgaben abdecken.

Im Jahr 2011 setzte sich der positive wirtschaftliche Trend fort. Auf der Basis des guten Jahresergebnisses 2010 galt es, die positive Entwicklung der Betriebsleistung aus Drittmitteln zu verstetigen und dabei die Konsolidierungsziele weiter zu verfolgen. Dies ist sehr gut gelungen; die Hauptzuwendung des Landes NRW belief sich auf eine Million Euro und die Betriebsleistung aus Drittmitteln konnte im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 210.000 Euro (22,5 Prozent) auf 1,141 Millionen Euro gesteigert werden. Damit konnten beachtliche 52,8 Prozent der Betriebsleistung durch Drittmittel erwirtschaftet werden.

Die stark erhöhten extern finanzierten Projektaktivitäten waren mit ebenfalls erhöhtem Personalbedarf verbunden, sodass die Personalaufwendungen insgesamt um 17,3 Prozent auf 1,397 Millionen Euro stiegen. Aus der Fortsetzung des insgesamt positiven Trends resultiert der Ausweis eines positiven Jahresergebnisses in Höhe von fast 91.000 Euro. Dieser Überschuss bildet einen Teil der



selbst erwirtschafteten aktiven Risikoversorge und wird für satzungsgemäße Zwecke eingesetzt werden.

Durch den Erfolg der letzten Jahre hat das BICC den notwendigen Handlungsspielraum erhalten und

sichern können, um weiter nachhaltig seine Aufgaben – „Frieden, Sicherheit und Entwicklung fördern durch anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Kapazitätenentwicklung“ – erfüllen zu können.

Michael Dedek

Auszug aus dem BICC Gesellschaftsvertrag:

„Die Gesellschaft befasst sich auf der Grundlage von anwendungsorientierter Wissenschaft und Forschung mit den durch die Konversion entstehenden Fragen und Problemen und stellt die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Konversion zielt im Prozess einer umfassenden Transformation auf eine Verminderung bzw. Verhinderung der Vorbereitung, Androhung oder Anwendung von militärischer oder kriegerischer Gewalt in allen ihren Erscheinungsformen und soll auch als

praktische Umsetzung von Abrüstung die Umstellung optimieren.

Zweck der Gesellschaft ist die

- Förderung von Wissenschaft und Forschung,
- Förderung des Völkerverständigungsgedankens,
- Förderung der Entwicklungszusammenarbeit.“

Die BICC GmbH ist als gemeinnützig anerkannt und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011

Ist 2011

Umsatzerlöse		
a) Hauptzuwendung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW		1.000.000,00
b) Projekteinnahmen aus abgeschlossenen Projekten		805.300,84
c) Kostenerstattungen und sonstige Einnahmen		11.420,58
		1.816.721,42
Bestandsveränderung bei unfertigen Projekten (HfA)		324.314,89
Sonstige betriebliche Erträge		19.729,75
	Betriebsleistung	2.160.766,06
Materialaufwand in Projekten		344.960,68
Personalaufwand		1.396.548,35
Planmäßige Abschreibungen		15.267,04
Übrige Betriebsaufwendungen (Raumkosten etc.)		313.232,31
	Betriebsaufwendungen	2.070.008,38
Finanzergebnis		3,70
	Geschäftsergebnis = Jahresüberschuss	90.761,38

www.ruestungsexport.info – Wie ist die Sicherheitslage in Indien, Pakistan, den Philippinen und Thailand?

Die Webseite www.ruestungsexport.info bietet Daten und Fakten zur Situation in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte. Dort ist für 170 Staaten eine Eingruppierung nach dem EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte verfügbar. Hinzu kommen 27 detaillierte Länderportraits zu Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, die regelmäßig aktualisiert werden. Dieser Informationsdienst, der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert wird, erleichtert eine fundierte Bewertung, wie sich deutsche Rüstungsexporte auf die Sicherheitssituation auswirken, und verbessert die Informationsbasis in der Diskussion um deutsche Rüstungsexporte. Dies gewinnt gerade in regionalen Kontexten, etwa den BRICS-Staaten, Lateinamerika und Asien, immer mehr an Bedeutung.

In der ersten Hälfte 2012 haben die Spannungen in Teilen Asiens deutlich zugenommen. Der angedrohte und geplante, letztlich jedoch gescheiterte Raketen-test Nordkoreas, der Start der atomwaffenfähigen Langstreckenrakete des Typs Agni-5 in Indien sowie die Konfrontation zwischen philippinischen und chinesischen Kriegsschiffen nahe der Insel Huangyan, die von beiden Staaten beansprucht wird, sind nur Beispiele einer gefährlichen Entwicklung. Angeheizt wird die Situation durch die Entscheidung der US-Regierung, ihren Einfluss in der Region zu verstärken. Angesichts zahlreicher ungelöster Territorialkonflikte, mangelnder Transparenz bei Militärausgaben und teilweise gravierender Menschenrechtsprobleme in vielen Staaten der Region sind jüngste und zukünftige Rüstungsgeschäfte äußerst problematisch.

Im Folgenden werden die Bewertungen der Länderberichte zu Indien, Pakistan, den Philippinen und Thailand (aktualisiert im Jahr 2011) zusammengefasst.

Indien

Indien weist weiterhin erhebliche Defizite bei der Beachtung der Menschenrechte auf, wenn auch regional sehr unterschiedlich. Problematisch ist die Lage in Gebieten, in denen interne Konflikte herrschen. Der bedeutendste regionale Konflikt mit Potenzial zur nuklearen Eskalation ist der anhaltende

Kaschmir-Konflikt mit Pakistan. Zwar hat sich die Lage durch diplomatische Initiativen in den vergangenen Jahren entspannt, zahlreiche Terroranschläge destabilisieren die Region jedoch weiterhin. Neben dem Konflikt und der Konfrontation mit Pakistan ist die Aufrüstung Neu-Delhis als Reaktion auf die chinesische Sicherheitspolitik besorgniserregend. Als aufsteigende panasiatische Macht mit stetigem Wirtschaftswachstum ist Indien alles in allem dabei sich außen- und sicherheitspolitisch in Südasien neu zu positionieren – insbesondere in Konkurrenz zu China.

Indien ist ein Abnehmer deutscher Rüstungsgüter, auch wenn das Land einen Großteil seiner Waffen aus Russland bezieht. Aus Deutschland wurden in den letzten Jahren insbesondere Kommunikations- und Navigationsausrüstung, Ersatzteile für gepanzerte Fahrzeuge und U-Boote, aber auch Flugkörper und Torpedos sowie Klein- und Leichtwaffen geliefert. Das Land importierte ebenfalls deutsche Dieselmotoren und leichte Transportflugzeuge des Typs Do-228.

Pakistan

Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und anhaltende politische Auseinandersetzungen nach Ende der Militärherrschaft von Expräsident Musharraf im Jahr 2008 prägen die heutige Situation in Pakistan. Zum einen schwelt der lang anhaltende Kaschmir-Konflikt mit Indien. Zum anderen ist Islamabad mit zahlreichen internen bewaffneten Konflikten konfrontiert, vor allem den Kämpfen mit den Taliban in Süd-Waziristan.

In diesem Konflikt spielt das Militär eine wichtige Rolle, das traditionell ein bedeutender Akteur in der pakistanischen Gesellschaft ist. Es übt wesentlichen Einfluss auf die Politik aus und ist in der Wirtschaft des Landes fest verankert. Die Streitkräfte sind zwar zahlenmäßig sehr groß, verfügen jedoch über teilweise veraltete Waffen und Rüstungsgüter. In ihrem Kampf gegen den internationalen Terrorismus betrachten die USA Pakistan als engen und wichtigen Verbündeten und haben das Land mit modernem Kriegsgerät ausgerüstet. Insgesamt bezieht Pakistan seine Rüstungsgüter jedoch aus vielen verschiedenen Ländern, etwa China, Frankreich, Russland oder der Ukraine. Deutsch-



land lieferte in der Vergangenheit Torpedos des Typs Seehecht, Dieselmotoren für Schnellboote aus der Türkei sowie gepanzerte Mannschaftstransporter des Typs Dingo-2. Verhandlungen zwischen Pakistan und ThyssenKrupp Marine Systems über den Verkauf eines U-Boots des Typs U-214 scheiterten zuletzt aufgrund einer kritischen Öffentlichkeit.

Die Philippinen

Insbesondere im Zusammenhang mit internen Gewaltkonflikten, den Sezessionsbewegungen und der Terrorbekämpfung kam und kommt es auf den Philippinen zu Verletzungen von grundlegenden Menschen- und Bürgerrechten. Insgesamt leidet das Land unter teilweise schon seit Jahrzehnten andauernden internen Konflikten. In den letzten Jahren hielt die Terrorgruppe „Abu Sayyaf“ den Inselstaat in Atem. In ihrem Kampf gegen den islamistischen Terrorismus hat die Regierung in Manila mit den USA einen engen Verbündeten gewonnen. Jenseits der Landesgrenzen birgt der ungelöste Territorialkonflikt um die Paracel- und Spratly-Inseln, die neben den Philippinen auch noch China, Malaysia, Taiwan und Vietnam beanspruchen, ein erhebliches Konfliktpotenzial.

Die Rolle des Militärs innerhalb der Gesellschaft ist zweifelhaft. Die Streitkräfte sind die extrem politisiert. Charakteristisch sind ein Patronagesystem und Korruption. Bei der technischen Modernisierung der Streitkräfte liegt ein Schwerpunkt auf der Anschaffung von bis zu zwölf US-amerikanischen F-16 Kampfflugzeugen. Aus Deutschland werden Kommunikationsausrüstung sowie Klein- und Leichtwaffen geliefert. Die philippinischen Spezialeinheiten sind bereits mit dem G-36 Gewehr von Heckler & Koch ausgerüstet, das bald zur Standardbewaffnung der Armee werden soll.

Thailand

In Thailand herrschen seit Jahren gewaltsame Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition. Höhepunkt war die Gewalteskalation zwischen den oppositionellen Rothemden und dem Militär im Frühjahr 2010. Die Parlamentswahlen im Juli 2011 schwächten die inneren Auseinandersetzungen zwar ab. Dennoch bedrohen die Grenzkonflikte mit

Myanmar und Kambodscha sowie der Konflikt mit islamistischen Rebellen Gruppen die Stabilität des Landes.

Kritisch ist die Rolle des Militärs in den Konflikten anzusehen, da es teilweise in illegale Aktivitäten verstrickt ist. Hinzu kommen Menschenrechtsverletzungen wie außergerichtliche Tötungen, Übergriffe durch die Sicherheitskräfte und Zwangsrepatriierung burmesischer Flüchtlinge.

Mit Sorge betrachtet Bangkok Chinas Rüstungsanstrengungen und sieht darin eine Gefahr für die regionale Stabilität. Auch wenn Thailands Armee zwar vergleichsweise gut ausgerüstet ist, bemüht sich die Regierung um eine Modernisierung der Teilstreitkräfte. Die Luftwaffe wird in Kürze neue schwedische Kampfflugzeuge des Typs Gripen im Empfang nehmen und ebenfalls ein Aufklärungsflugzeug des Typs Saab 340AEW in Dienst stellen. Vor dem Hintergrund des Konflikts um die Paracel- und Spratly-Inseln ist die Regierung in Bangkok bestrebt, die Marine umfassend zu modernisieren. Nach Auskunft des deutschen Verteidigungsministeriums vom Mai 2011 ruhen derzeit die Verhandlungen über die Anschaffung von bis zu sechs gebrauchten deutschen U-Booten der Klasse 206. Neben Flugzeuglieferungen vom Typ Do-228-200MP in der Vergangenheit, exportierte Deutschland zuletzt verstärkt avigations- und Kommunikationstechnologie.

Jan Grebe

Projekttitle:	Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte
Laufzeit:	seit Mai 2002
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektleitung:	Jan Grebe
Projektmitarbeit:	Melanie Dederichs, Susanne Heinke, Alexander Strunck, Lars Wirkus
Publikationen:	s. Publikationsliste
Webseite:	www.ruestungsexport.info
Programmbereich:	Rüstung – Globale Trends, Exporte und Kontrolle
Projektkategorie:	Beratung

Globaler Militarisierungsindex (GMI) 2012 – Weiter hohe Militarisierung im Nahen und Mittleren Osten

Zum dritten Mal veröffentlichte das BICC seinen Globalen Militarisierungsindex (GMI). Der GMI 2012 untersucht nicht nur die Militarisierungsgrade weltweit, sondern er dokumentiert auch die Entwicklung seit 1990. Der GMI wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert. Der GMI 2012 zeigt einmal mehr, dass der Nahe und Mittlere Osten die am höchsten militariserte Region der Welt ist.

Der GMI des BICC stellt nicht nur dar, wie viele Mittel in das Militär eines Staates fließen. Er definiert den Militarisierungsgrad eines Landes auch dadurch, wie sich die staatliche Mittelverteilung an das Militär zum Bruttoinlandsprodukt oder zu anderen gesellschaftlichen Bereichen wie z.B. der medizinischen Versorgung verhält.¹ Er bildet dabei das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparates eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab.

Dass sich mit **Israel, Syrien, Jordanien, Kuwait** und **Saudi-Arabien** fünf Länder des Nahen und Mittleren Ostens unter den Top 10 befinden, verweist auf die hohe Militarisierung dieser konfliktreichen Region, die zu ihrer weiteren Instabilität beiträgt. Vor dem Hintergrund einer allgemeinen Aufrüstung in vielen Ländern der Region und den anhaltenden Konflikten, etwa in Syrien, ist es besonders kritisch, dass sich mit Ausnahme Katar auch alle anderen Staaten der Region immerhin unter den Top 40 des GMI befinden. Denn hohe Militarisierungsgrade können dazu beitragen, dass sowohl innere als auch äußere Konflikte gewaltsam ausgetragen werden.

¹ Der GMI stützt sich u.a. auf Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), des International Institute for Strategic Studies (IISS) und des BICC. Das Ranking zeigt die Militarisierung von 161 Staaten seit 1990. Er wird jährlich durch das BICC aktualisiert.

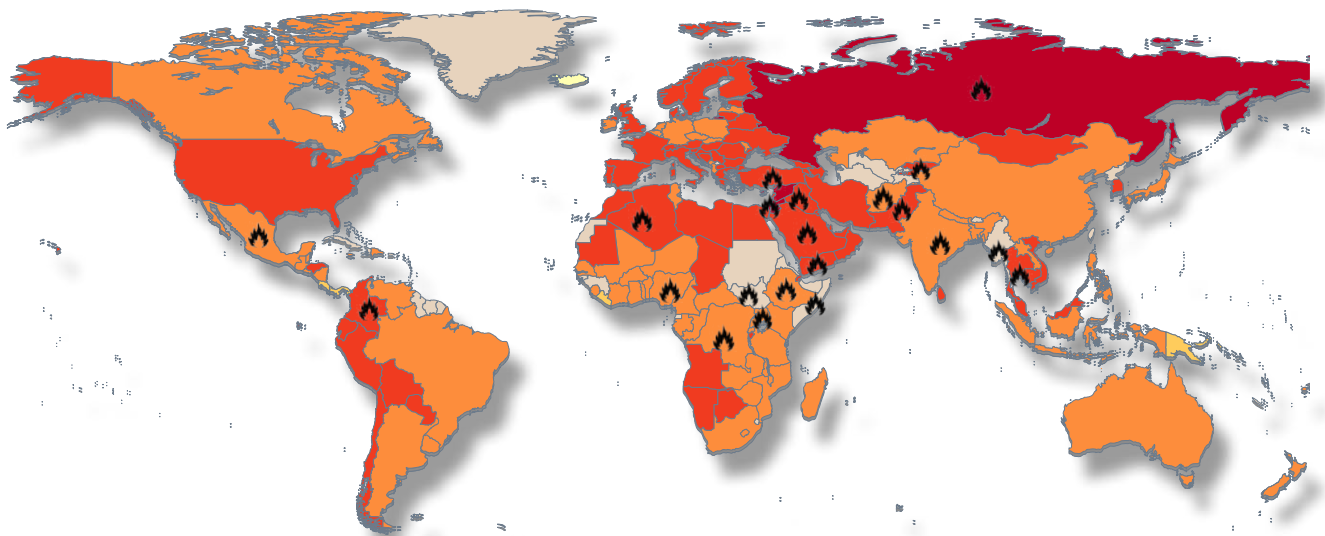
Die Karte (<http://www.bicc.de/our-work/gmi.html>) zeigt die Militarisierungsgrade der einzelnen Staaten und illustriert die teilweise hohe Militarisierung in einzelnen Weltregionen. Gleichzeitig wird offensichtlich, dass einige Staaten, etwa in Afrika südlich der Sahara, zwar niedrig militarisiert gleichzeitig aber Konfliktländer sind. Mali z.B. befindet sich nur auf Rang 107, dennoch ist die Lage dort extrem instabil und angespannt.

Jan Grebe

Projekttitlel:	Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte
Laufzeit:	seit Mai 2002
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektleitung:	Jan Grebe
Projektmitarbeit:	Jan Hartmann, Vera Klötttschen, Alexander Strunck, Lars Wirkus
Publikationen:	s. Publikationsliste
Webseite:	http://www.bicc.de/our-work/gmi.html
Programmbereich:	Rüstung – Globale Trends, Exporte und Kontrolle
Projektkategorie:	Beratung



Der Globale Militarisierungs Index (GMI)



TOP 10

Rang	Staat
1	Israel
2	Singapur
3	Syrien
4	Russland
5	Jordanien
6	Zypern
7	Südkorea
8	Kuwait
9	Griechenland
10	Saudi-Arabien

GMI - Level

- sehr niedrig
- niedrig
- mittel
- hoch
- sehr hoch
- keine Daten vorhanden

Länder mit bewaffneten Konflikten

Südsudan – Sicherere Lagerung von Kleinwaffen und Munition

Der Südsudan wurde im vergangenen Jahr ein souveräner Staat. Die letzten Monate haben gezeigt, wie fragil der Fortschritt in Richtung Entwicklung und Frieden ist. Die hohe Verbreitung von kleinen und leichten Waffen ist ein problematisches Erbe des vergangenen Bürgerkrieges. Zur Unterstützung des Büros für Gemeindefriede und Kleinwaffenkontrolle im südsudanesischen Innenministerium führt das BICC ein vom Auswärtigen Amt finanziertes Projekt durch, das helfen soll, die Lagerhaltung von Waffen und Munition zu verbessern.

Kleine und leichte Waffen sind im Südsudan allgegenwärtig und spielen eine zentrale Rolle bei den blutigen Auseinandersetzungen zwischen Staat und bewaffneten Gruppierungen sowie der Zivilbevölkerung untereinander. Die Regierung des Südsudan hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, die Verbreitung und den Gebrauch von kleinen und leichten Waffen einzuschränken und besser zu kontrollieren. Dies ist eine große Herausforderung für dieses riesige Land, das über eine schlechte Infrastruktur verfügt und in dem der Sicherheitssektor weiter auf- und umgebaut werden muss, um effektiv den Schutz der Zivilbevölkerung garantieren zu können.

Eine Institution, die bereits mit einigem Erfolg für das Ziel der besseren Kleinwaffenkontrolle arbeitet, ist das Büro für Gemeindefriede und Kleinwaffenkontrolle im südsudanesischen Innenministerium. Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland finanziert ein Projekt, in dem das BICC das Kleinwaffenkontrollbüro und den Sicherheitssektor (Polizei, Gefängnisverwaltung, Wildschutzbehörde und Feuerwehr, zum Teil auch Armee) dabei unterstützt, die Praxis der Lagerhaltung von Waffen und Munition zu verbessern. Wichtigstes Anliegen ist hierbei zunächst die Aufklärung von Führungspersonal, die Vermittlung grundlegenden technischen Wissens und das Aufzeigen von Handlungsoptionen. Auch die Arbeit auf der politischen Ebene, die Kooperation mit anderen Nichtregierungsorganisationen sowie den Vereinten Nationen und konkrete technische Beratung gehören dazu.

Technische Untersuchung zeigt Mängel bei der Lagerung von Waffen und Munition

Erster Ansatzpunkt für das Projekt war die Frage, wie die Praxis der Lagerung von Waffen und Munition im Sicherheitssektor nach dem Bürgerkrieg konkret aussieht, um basierend darauf Optionen für das weitere Vorgehen zu entwickeln. Um dies zu beantworten, führte das BICC als ersten Schritt im Mai/Juni 2011 im Auftrag des Kleinwaffenkontrollbüros eine technische Untersuchung (*Technical Assessment*) durch. Diese Erhebung brachte zutage: Kleine und leichte Waffen im Sicherheitssektor sind bisher nur mangelhaft gesichert gelagert. Die dafür zur Verfügung stehenden Strukturen wie Wellblechhütten, verlassene Gebäude und Lehmhütten sind an sich schon oft marode und baufällig und nicht ausreichend gesichert. Zum Teil vorhandene Inventarbücher dokumentieren den Bestand oft nur unvollständig. Solange aber keine klaren Inventarkontrollen zur Aufdeckung von Verlusten möglich sind, Verfahrensvorschriften fehlen und die Gebäudesicherung nicht den grundlegendsten Anforderungen entspricht, kann Diebstahl und Veruntreuung nicht ausgeschlossen werden. Das weltweit anerkannte Genfer Forschungszentrum zu Kleinwaffenkontrolle Small Arms Survey spricht davon, dass schlecht gesicherte Regierungsbestände eine der ergiebigsten Quellen von Waffen und Munition für unautorisierte Personen und Gruppen sind.

Ein weiterer Aspekt der technischen Untersuchung brachte das Problem zutage, dass Waffen und Munition im Südsudan oft so gelagert werden, dass ungewollte Explosionen nicht ausgeschlossen werden können. Hitze und Feuchtigkeit setzen der Munition schwer zu und destabilisieren Explosivstoffe. Wie verheerend die Folgen schlechter Lagerhaltung sein können, zeigt die Katastrophe Anfang März 2012 in der Republik Kongo (Brazzaville), als bei der Detonation eines Munitionslagers fast 200 Menschen getötet und rund 1.000 verletzt wurden.

Der Südsudan hat ein professionelles Management von Waffen und Munition zu einer Priorität bei der Professionalisierung des Sicherheitssektors erklärt. Denn die Risiken, die mit der Lagerhaltung verbunden sind, lassen sich durch gezielte Maßnahmen deutlich reduzieren. Allerdings startet der Südsudan von einem sehr



niedrigen technischen Wissensniveau, so dass vielen Soldaten und Offizieren noch das Verständnis fehlt, was sichere Lagerung bedeutet.

Workshops erhöhen das Problembewusstsein und stoßen erste Maßnahmen an

Der technischen Untersuchung folgten erste konkrete Schritte, den Problemen zu begegnen. So wurden in den letzten Monaten verschiedene Workshops mit höheren Dienstgraden aus allen Teilen des Sicherheitssektors durchgeführt. Das Ziel war hierbei, die Offiziere von den Vorteilen von sicherer Lagerung zu überzeugen und ihnen die Ängste zu nehmen, dass dies ihre Befugnisse und Ressourcen einschränken könnte. Mitte April 2012 endete diese Workshopserie mit der höchstrangigen Konferenz unter der Schirmherrschaft des Vizepräsidenten Dr. Riek Machar Teny. Bei den Workshops wurde das BICC vom Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr (Geilenkirchen), dem Small Arms Survey (Genf) und dem Institut für Strategische Studien (Pretoria) unterstützt.

Die Arbeit des BICC hat dazu beigetragen, den politischen Willen und das technische Wissen zur besseren Kleinwaffenkontrolle auf den höchsten Ebenen zu stärken. Daran sollen in den kommenden Monaten weitere Maßnahmen anknüpfen. Sie beziehen sich auf die wichtigsten drei Bereiche für ein funktionierendes System zu Lagerung und Management von Waffen und Munition: Infrastruktur (äußere Gebäudesicherheit und innere Organisation des Lagermanagements), Training und Ausbildung sowie die Erarbeitung von Verfahrensvorschriften. Die Workshops haben unter anderem den Aufbau einer Arbeitsgruppe für das Management von Waffen und Munition beschlossen, die integraler Bestandteil der zukünftigen Managementstrukturen von kleinen und leichten Waffen im gesamten Südsudan sein und nächste konkretere Schritte erarbeiten soll.

Das Management von kleinen und leichten Waffen im Sicherheitssektor braucht internationale Unterstützung

Alles in allem konnte das BICC einen konstanten Beitrag zur Stärkung der Arbeitsfähigkeit des Kleinwaffenkontrollbüros leisten. Auch hat es am Entwurf von Vor-

schriften und Gesetzesgrundlagen mitgewirkt wie etwa Verfahrensanweisungen zur Waffenmarkierung und elektronischen Buchführung bzw. der Gesetzgebung für das nationale Waffengesetz. Das Zentrum hat zudem die Friedenssicherungsmission der UN (UNMISS) unterstützt, der Armee modifizierte Container zur sicheren Waffenlagerung zur Verfügung zu stellen sowie neue Maschinen zur Markierung von Waffen und Registrierungssoftware zu beschaffen.

Mit manchen Maßnahmen kann selbst ohne großen finanziellen Aufwand und tiefgreifende infrastrukturelle Veränderungen begonnen werden. Zur Verringerung der Explosionsgefahr kann z.B. der Bau von Sonnenschutzdächern beitragen. Die Feuergefahr kann durch die Entfernung von störender Vegetation gesenkt werden. Solange keine soliden Betonbauten vorhanden sind, können modifizierte Container zur Lagerung von Waffen und Munition eingesetzt werden. Einzäunungen helfen bei der Zutrittskontrolle und Abwehr von Dieben. Schließlich müsste die Inventarisierung der Bestände und Kontrollen in Angriff genommen werden.

Ein funktionierendes System zum Management von kleinen und leichten Waffen sowie Munition im Sicherheitssektor auf allen Ebenen im Südsudan einzuführen, bleibt ein sehr komplexes und forderndes Unterfangen. Sicher ist jedoch – ohne weitere Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft wird dies nicht gelingen. Vor allem aber ist die friedliche Koexistenz des Südsudan mit seinen Nachbarn unerlässlich.

Marius Kahl

Projekttitle:	Verbesserung von Kleinwaffen und Munitionslagerung in der Republik Südsudan
Laufzeit:	bis Dezember 2012
Gefördert durch:	Auswärtiges Amt
Projektleitung:	Marius Kahl
Publikationen:	s. Publikationsliste
Programmbereich:	Rüstung – Globale Trends, Exporte und Kontrolle
Projektkategorie:	Beratung

Neue Bedrohungen durch MANPADS?

MANPADS (Man Portable Air Defense Systems, schultergestützte Flugabwehrsysteme) sind relativ kleine Waffen mit potenziell enormen Auswirkungen. Gerade bei asymmetrischer Kriegsführung und terroristischen Anschlägen, etwa auf Passagierflugzeuge, können sie mit verheerenden Folgen eingesetzt werden. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes untersucht das BICC diese Waffensysteme, um zur Bedrohungsanalyse, zur Bewertung internationaler Kontrollbestimmungen und zum internationalen Sicherheitsdiskurs beizutragen.

MANPADS sind eine relativ neue Waffengattung. In den 1950er Jahren parallel von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion entwickelt, sind MANPADS kleine Lenkflugkörper, die von einer Person oder einer kleinen Gruppe als Abwehr gegen niedrig fliegende Kampfflugzeuge und Hubschrauber eingesetzt werden können. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass MANPADS während Kampfhandlungen relativ ineffektiv sind. Anders verhält es sich im Einsatz gegen zivile Passagierflugzeuge, wo die Treffer- und Abschussquote hoch ist. Nicht zuletzt deshalb mehren sich die Befürchtungen, dass terroristische Organisationen MANPADS in ihren Arsenalen haben und diese für ihre Angriffe auf Passagierflugzeuge nutzen wollen.

Auf „Redeye“, den ersten, in den Vereinigten Staaten entwickelten Typ, folgte bald die sowjetische „Strela“. Während die Sowjetunion später die zwei Folgeprodukte „Igla“ und „Igla S“ auf den Markt brachte, kamen aus den USA mehrere Varianten der „Stinger“-Familie. Schweden, Südkorea, Frankreich und Großbritannien entwickelten eigene MANPADS. Andere Länder wie China, Japan, Iran, Ägypten und Polen haben sie zunächst meist nur aus Russland und den USA kopiert und verändert, stellen aber nun ebenfalls eigene Varianten her.

Es herrscht Uneinigkeit über die Effektivität dieser tragbaren Luftabwehrsysteme in Kampfhandlungen. Die Vereinigten Staaten haben in den 1980er Jahren die afghanische Widerstandsorganisation Mujahedin mit großen Mengen „Stinger“ versorgt, mit denen diese die russischen Invasoren angriffen. Innerhalb von zwei Jahren sollen zwischen 200 und 300 russische und afghanische Armeeflugzeuge getroffen worden sein. Auch im Krieg zwischen Peru und Ecuador sollen meh-

rere Kampfflugzeuge abgeschossen worden sein, ebenso in Sri Lanka durch die Rebellengruppe Tamil Tigers. Diese Angaben sind jedoch nicht eindeutig belegt. Fest steht allein, dass es 1978 ein Attentat auf ein rhodesisches Passagierflugzeug durch Mitglieder der paramilitärischen Befreiungsbewegung ZANU (Zimbabwe African National Union – Afrikanische Nationalunion von Simbabwe) gab. Zu weiteren Anschlägen auf zivile Flugzeuge kam es verbürgterweise in der DR Kongo, dem Irak und in Kenia, wo der Anschlag jedoch scheiterte.

Wie funktioniert und woraus besteht ein MANPAD?

In einem Startrohr befindet sich eine kleine Rakete (ca. 180 cm lang und mit einem Durchmesser von 7,5 bis 9,0 cm). Sie wird mit einem Startmechanismus, der von nur einem Schützen bedient werden kann, abgeschossen. Dieser enthält eine Zielvorrichtung und einen Abzug für die Rakete und kann beim Laden eines neuen Startrohrs wiederverwendet werden.

Ein MANPAD ist mit einem Zielsuchkopf mit Sensoren ausgerüstet. Einfache Sensoren folgen den Infrarotemissionen eines Flugzeugmotors. Heute können komplexere und modernere Sensoren sich auch an einem vom Schützen ausgerichteten Laserstrahl orientieren oder ein Flugzeug anhand seiner Wärmesignatur identifizieren. Diese Sensoren leiten Informationen an einen Prozessor weiter, der die Rakete durch Flügel so manövriert, dass sie ein Flugzeug verfolgen kann. Angetrieben mit einem Raketenmotor kann ein MANPAD so sein Ziel in weniger als 15 Sekunden aufspüren. Wenn der üblicherweise 1,5 kg schwere, hoch explosive Sprengkopf explodiert, werden kleinste Stahlbälle in den Innenraum des Zielobjekts abgeschossen. Die gesamte Aktion verläuft extrem schnell: von der Identifikation des Ziels bis zum Treffer vergehen meist nur 20 bis 30 Sekunden.

Exportprodukt mit Bedrohungspotenzial

Wie bereits oben erwähnt, stellen einige Länder MANPADS her, aus denen sie in unterschiedlichste Staaten wie etwa Kasachstan, Jemen, Südsudan, Libyen und Nigeria gelangen. Allein die Lagerung dieser tragbaren Luftabwehrsysteme kann Probleme mit sich brin-



gen. Nicht nur, dass sie bei unsachgemäßer Aufbewahrung ihre Funktionsfähigkeit verlieren können. Weitaus alarmierender ist, dass einige Länder ihre Bestände nicht ausreichend sichern, so dass einige dieser Waffen gestohlen wurden und in die Hände von terroristischen Organisationen gefallen sein könnten. Ein Besorgnis erregendes Beispiel hierfür ist Libyen, das ca. 20.000 MANPADS importiert hatte. Zwar konnten US-amerikanische und britische Experten nach der Revolution 5.000 Raketen finden und zerstören. Der Rest aber bleibt quasi unauffindbar und mag bei bewaffneten Gruppen in der Sahel-Zone, dem Nahen Osten sowie libyschen Milizen gelandet sein.

Potenzielle Bedrohungsfaktoren durch MANPADS sind erstens die Vielfalt der existierenden Typen, ihre zerstörerische Effizienz, ihre einfache Bedienbarkeit und leichte Transportfähigkeit. Zweitens sollten auch die Art ihres Transfers und ihre Verbreitung, Bestände und Verteilung von MANPADS in einzelnen Ländern sowie die nationalen Standards zur Sicherung und Verwaltung der Waffenbestände kritisch untersucht werden. Drittens stellen (nicht) existierende rechtliche Instrumente zu ihrer Kontrolle und die Einstellung der beteiligten Akteure Probleme dar. Jüngste internationale Ereignisse und Berichte über fehlende Bestände von MANPADS haben wiederholt zu Befürchtungen beigetragen, dass MANPADS über den schwarzen Markt in die Hände von Terroristen gelangen könnten, was regionale wie internationale Auswirkungen haben könnte.

Ein Projekt zur umfassenden Analyse

Vor diesem Hintergrund erscheint eine intensivere Auseinandersetzung mit diesem Waffensystem dringend angebracht. So hat das Auswärtige Amt das BICC beauftragt, eine umfassende Übersicht über und eine Studie zur Nutzung von MANPADS anzufertigen. Das Projekt soll zum internationalen Sicherheitsdiskurs und zur Analyse internationaler Bestimmungen und Bewertungen von Bedrohung beitragen.

In einer Literaturstudie sollen zunächst offen zugängliche Quellen über MANPADS gesammelt, kommentiert und ausgewertet werden. Themen werden dabei technische und militärische Eigenschaften, Herstel-

lung und Hersteller, Waffentransfers, Lagerung und Handhabung sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen in allen Staaten, für die Informationen verfügbar sind, sein. Dann folgen die Analyse weiterer Quellen und Experteninterviews. Die Untersuchung einzelner Staaten soll zu einem Gesamtbild des MANPADS-Besitzes in diesen ausgesuchten Ländern führen. Dies schließt die rechtlichen Bedingungen ebenso ein wie die nationalen Bestimmungen in Bezug auf Import, Herstellung, Lagerung und Export.

MANPADS sind heute weltweit eine der größten Bedrohungen der zivilen Infrastruktur, insbesondere der Beförderung von Passagieren und Fracht per Flugzeug. Die in diesem Projekt gesammelten Informationen und Erkenntnisse sollen der Politikberatung und der besseren Bedrohungsanalyse dienen. Sie sollen sowohl in einem BICC-brief dokumentiert als auch bei den Vereinten Nationen im Oktober 2012 in New York vorgestellt werden.

Dr. Michael Ashkenazi

Projekttitle:	Studie zu sicherheitsrelevanten Risiken tragbarer Luftabwehrsysteme (MANPADS)
Laufzeit:	bis Dezember 2012
Gefördert durch:	Auswärtiges Amt
Projektleitung:	Dr. Michael Ahkenazi
Projektmitarbeit:	Princess Amuzu, Jan Grebe, Christof Kögler, Elvan Isikozlu
Publikationen:	s. Publikationsliste
Programmbereich:	Rüstung – Globale Trends, Exporte und Kontrolle
Projektkategorie:	Beratung

Interaktive Datenbank als neues Instrument zur Verifikation und Kontrolle von Kleinwaffen

Welche Kleinwaffen gibt es in welchen Ländern? Wo werden welche Kleinwaffen produziert? Welche unterschiedlichen Kategorien gibt es? Wie lassen sie sich voneinander unterscheiden? Diese und ähnliche Fragen sollen mit Hilfe der englischsprachigen interaktiven Datenbank zu Klein- und Leichtwaffen beantwortet werden, die derzeit vom BICC in enger Kooperation mit dem Verifikationszentrum der Bundeswehr (ZVBw) entwickelt und vom Auswärtigen Amt finanziell gefördert wird.

Das Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr (ZVBw) ist für die Bundesrepublik Deutschland vielfältig im Rahmen der Rüstungskontrolle tätig. So ist es unter anderem sein Auftrag, die in nationaler Verantwortung liegenden Aufgaben im Rahmen von Verträgen, Abkommen der Rüstungskontrolle sowie von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen zu planen und durchzuführen.

Die Kooperation des Verifikationszentrums und des BICC ermöglicht, dessen internationale Expertise im Bereich der Kleinwaffenproblematik sowie der interaktiven Aufbereitung der dazu erfassten Daten und Fakten mit dem oben beschriebenen Auftrag des ZVBw zu koppeln. Die Zusammenarbeit im Kleinwaffenbereich begann im Jahr 2011 und verfolgt unter anderem das Ziel, ein bis dato einmaliges Informationsportal über kleine und leichte Waffen für Abrüstungsexperten aufzubauen.

Die Betaversion der interaktiven Datenbank soll erstmals während der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über erzielte Fortschritte bei der Umsetzung des UN Aktionsprogramms gegen Kleinwaffen und leichte Waffen (Second Conference to Review Progress Made in the Implementation of the UN Programme of Action on Small Arms and Light Weapons) im August/September 2012 einem breiten Expertenkreis vorgestellt werden.

Kleinwaffen – Kontrolle tut Not

Die Definition der Vereinten Nationen von Kleinwaffen unterscheidet genau genommen zwischen „kleinen“ und „leichten“ Waffen (*Small Arms and Light Weapons – SALW*). Zu den „kleinen“ Waffen gehören dem-

nach Revolver und Selbstladepistolen, Karabiner und Gewehre, Sturmgewehre, Maschinenpistolen und leichte Maschinengewehre (alle bedienbar durch eine Person). Eine Faustregel ist: Kleinwaffen haben ein Kaliber (Innendurchmesser des Laufes) von weniger als 12,7 mm. „Leichte“ Waffen sind schwere Maschinengewehre, Granatenwerfer, tragbare Panzer- und Luftabwehrwaffen, rückstoßfreie Gewehre, tragbare Raketenwerfer und Mörser bis zu einem Kaliber von 100 mm. Sie können von zwei Personen oder einem Team getragen, einem kleinen Fahrzeug oder einem Packtier transportiert und von einer Mannschaft bedient werden. Mit Ausnahme von Granaten, die Waffe und Munition in einem sind, brauchen alle Kleinwaffen Munition.

Schätzungsweise 50.000 bis 100.000 Menschen werden jedes Jahr direkt von Kleinwaffen getötet. Das liegt vor allem an ihrer enormen Verbreitung, sowohl in Konfliktgebieten als auch außerhalb. Schätzungen zufolge zirkulieren 600 bis 850 Millionen Kleinwaffen auf der Welt. Diese Zahl ist jedoch schwer zu verifizieren, da Produktion und Handel mit Kleinwaffen naturgemäß sehr intransparent sind. Die schreckliche „Effektivität“ von Kleinwaffen hängt mit einigen ihrer Merkmale zusammen. Sie sind relativ kostengünstig und leicht verfügbar, leicht zu transportieren, zu schmuggeln und zu verbergen. Sie sind weitgehend resistent gegen Schmutz und Korrosion, extrem wartungsarm und langlebig, können also auch nach mehreren Jahrzehnten noch funktionstüchtig sein.

Kleinwaffen sind in der ganzen Welt, insbesondere in fragilen und zu Konflikten neigenden Ländern, verbreitet. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass immer mehr Staaten hochentwickelte militärische Klein- und Leichtwaffen herstellen und exportieren. Vor diesem kritischen Hintergrund hat die internationale Gemeinschaft eine Reihe von Vereinbarungen, UN-Protokollen, regionalen Konventionen und anderen Maßnahmen beschlossen, um die Nutzung und den Handel von Klein- und Leichtwaffen zu beschränken, ihre Kennzeichnung zu regulieren und Ländern zu helfen, Waffen aus illegalen Aktivitäten zurückzuverfolgen.

Die meisten UN-Mitgliedsstaaten haben das Kleinwaffenprogramm der Vereinten Nationen (UN Pro-



gramme of Action on the Illicit Trade in SALW in All its Aspects – UN PoA) unterzeichnet, das 2001 veröffentlicht wurde. Es verlangt von jedem Staat, jährlich über seinen Bestand an Kleinwaffen zu berichten. Im Jahr 2006 haben sich die UN-Mitgliedsstaaten über das Internationale Rechtsinstrument zur Ermöglichung der rechtzeitigen und zuverlässigen Identifikation und Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen durch die Staaten geeinigt.

Transparenz erhöhen – Wissen verbreiten

Gefördert vom Auswärtigen Amt und in enger Zusammenarbeit mit dem Verifikationszentrum der Bundeswehr entwickelt das BICC auf Grundlage des vom ZVBw entwickelten *Small Arms Light Weapons Guide* ein interaktives Informationsportal mit WebGIS-Komponenten¹ über Kleinwaffen und leichte Waffen. Es soll die vorhandenen Informationen nicht nur leichter zugänglich machen und verbreiten, sondern so auch die oben skizzierten Bemühungen und Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zur Kontrolle und gegen die illegale Verbreitung von SALW unterstützen.

Das Portal wird technische Details einzelner Waffentypen, ihrer Varianten und ihrer Verbreitung beinhalten. Abrufbar werden all die Informationen sein, die für viele Waffenkontrollprozesse und –projekte entscheidend sein können: Fotos der Waffen, Detailaufnahmen der Unterscheidungskriterien sowie Fotos und Skizzen der Markierungen von Herstellern und Erzeugerländern und ihrer Lage auf der Waffe. Ebenso wird es Informationen über die Munition der Klein- und Leichtwaffen umfassen.

Die Einsatzmöglichkeiten der Datenbank sind vielfältig – von der Vorbereitung für Missionen von Soldatinnen und Soldaten oder Rüstungskontrolloffizieren in Postkonfliktländern, über die Bestimmung von Kleinwaffen „im Feld“ bis zur Verwendung zu Schulungs- und Ausbildungszwecken von angehenden Abrüstungsexperten.

Das Internetangebot richtet sich dabei nicht nur an Rüstungskontroll- und Abrüstungsexperten, sondern auch an Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wis-

senschaft und NGOs, um auch sie bei ihren Bemühungen zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen zu unterstützen.

Die in der Datenbank erfassten Daten und Informationen zu technischen Details einzelner Waffentypen, ihrer Varianten und ihrer globalen Verbreitung erlauben der Nutzerin und dem Nutzer, sich entweder über einzelne Waffen und ihre globale Verbreitung oder aber über das Vorkommen bestimmter Waffen in einzelnen Ländern zu informieren.

Wichtiger Bestandteil der interaktiven Anlage des Portals ist, dass international anerkannte, ausgesuchte Expertinnen und Experten Zugriff auf die Datenbank bekommen werden, um sie weiter bearbeiten zu können. Neue Waffentypen oder Varianten bestehender können so stets neu angelegt oder bereits vorhandene Datensätze zum Beispiel um neue Vorkommen ergänzt werden. Nach einer Prüfung und Validierung der Informationen durch Experten des ZVBw und des BICC werden diese externen Daten in die Datenbank übernommen und stehen dann auch aktuell allen anderen Nutzern des interaktiven Portals über Klein- und Leichtwaffen zur Verfügung.

Lars Wirkus

Projekttitle:	Informationsportal Kleinwaffen: Eine Web-basierte Datenbank für die Praxis – Klassifikation, Eigenschaften und globale Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen
Laufzeit:	bis Dezember 2012
Gefördert durch:	Auswärtiges Amt
Projektpartner:	Verifikationszentrum der Bundeswehr (ZVBw)
Projektleitung:	Lars Wirkus
Projektmitarbeit:	Jan Hartmann, Alexander Strunck
Publikationen:	s. Publikationsliste
Webseite:	URL im Aufbau
Programmbereich:	Daten und GIS
Projektkategorie:	Beratung

¹ Web-basiertes Geographisches Informationssystem

„Eine Alternative zu Wikipedia“ – Erfahrungen eines Schülers mit sicherheitspolitik.bpb.de

Das BICC hat in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) für deren Online-Dienste ein modular aufgebautes Informationsportal zum Themenkomplex Krieg und Frieden entwickelt: sicherheitspolitik.bpb.de. Es wird insgesamt neun thematische Module realisieren, um politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Lehrenden und Lernenden, Politik, Medien und Wissenschaft einen bedarfsgerechten, Zielgruppen bezogenen und interaktiven Zugang zu den wichtigsten Daten und Fakten zu Krieg und Frieden im globalen Vergleich zu verschaffen. Das Informationsportal bietet ein ganzes Spektrum unterschiedlicher, größtenteils interaktiver Präsentationsformen. Kernstück ist eine jahres- und länderbezogene kartographische Aufbereitung und Darstellung unterschiedlichster Daten und Informationen durch WebGIS (Web-basiertes Geographisches Informationssystem).

Philip M. ist Schüler an einem Kölner Gymnasium. Im Erdkunde-Grundkurs steht „Globalisierung“ auf dem Plan. Es geht um Lebensmittelpreise, Rohstoffvorkommen und gesellschaftliche Konflikte um die Verteilung der Ressourcen. Philip hat den Auftrag im Internet nach Informationen zu suchen. Und er wird fündig – bei sicherheitspolitik.bpb.de, dem gemeinsamen Informationsportal der Bundeszentrale für politische Bildung und dem BICC.

Brandneu ist dort das Modul „Rohstoffe und Konflikte“ online. Die auf der Landing-Page aufgeworfenen Fragen sprechen den Gymnasiasten sofort an: „Was versteht man unter Ressourcenkonflikten und wo gibt es welche? Welche Länder sind von Öl- oder Gasimporten abhängig? Wie versucht man Ressourcenkonflikte zu verhindern?“

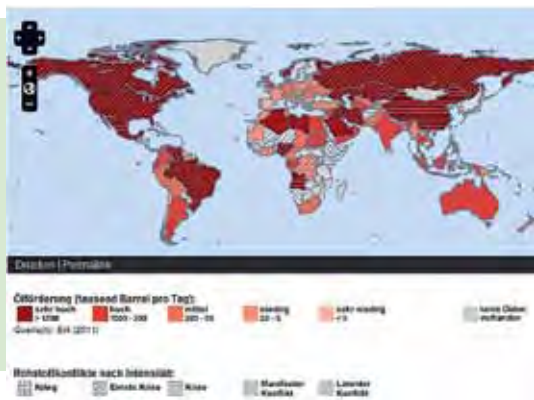
Karten und Quellen für den Erdkundeunterricht

„Zuerst ging es mir bei der Suche darum, einen Überblick über das Problem zu bekommen“, erklärt Philip. „Die Themenfelder Rohstoffvorkommen und Rohstoffverteilung, Rohstoffkonflikte und Rohstoffkontrollregime passten dabei genau. Besonders gespannt war ich, welche Karten ich hierzu finde – schließlich brauche ich ja Input für den Erdkunde-Grundkurs.“

In der Tat – das zentrale Element der Webseite ist das Kartenfenster. Darüber werden die von der Nutzerin bzw. dem Nutzer im Menübaum rechts daneben anwählbaren Informationen dargestellt. Unter der Überschrift „Rohstoffvorkommen und Rohstoffverteilung“ ist es z.B. möglich, sich per Mausclick in ein Kästchen einen kartografischen Überblick über das Vorkommen fossiler und mineralischer Rohstoffe (Erdöl, -gas, Diamanten, andere Mineralien) sowie von Agrarrohstoffen (Kakao, Palmöl, Holz) und Drogen (Cannabis, Coca und Opium) zu verschaffen.

„Richtig spannend wird die Sache, wenn man kombiniert, etwa ‚Ölförderung‘ mit ‚Rohstoffabhängigkeit‘ oder ‚Abbau ausgewählter mineralischer Rohstoffe‘ mit ‚Rohstoffkonflikte nach Intensität‘“, findet Philip. Allerdings blieben zunächst auch Fragen offen. So erfährt der Schüler z.B., dass in Russland, Kanada und den USA einerseits der Rohstoffabbau bestimmter Mineralien (Bauxit, Eisenerz, Gold, Kohle, Kobalt, Kupfer, Seltene Erden, Silber, Tungsten, Uran, Wolfram und Zinn) sehr hoch bzw. hoch ist. Was ihn stutzen lässt ist, dass in Russland, Kanada und den USA ein „manifeste Rohstoffkonflikt“ herrschen soll. Was ist da los – Rohstoffkonflikte im friedlichen Kanada?

Die Wahrheit erschließt sich hier auf den zweiten, bzw. genaueren Blick – was übrigens genau nach dem Geschmack eines Gymnasiallehrers sein dürfte, der seine Schülerinnen und Schüler schließlich an einen kritischen und präzisen Umgang mit Quellen und Angaben heranführen will. So findet Philip bei einem weiteren Anlauf in der Pop-up-Box „Rohstoffkonflikte nach Intensität“ den Hinweis auf das Konfliktbarometer des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HIK), wo er liest: „Die beiden ersten Stufen, latenter und manifeste Konflikt umfassen dabei Konflikte ohne Gewalt. Die drei weiteren, Krise, ernste Krise und Krieg, umfassen gewalttätige Konflikte.“ Gut zu wissen – nicht bei jedem Rohstoffkonflikt ist also Gewalt im Spiel. Trotzdem, zwischen wem spielen sich die Rohstoffkonflikte in den drei genannten Ländern ab? Hier gibt der Link zum „Conflict Barometer 2010“ Auskunft, wo schließlich zu erfahren ist, dass nicht nur Russland, Kanada und die USA, sondern auch Norwegen und Dänemark Konfliktparteien bei der Aufteilung der Bodenschätze der Arktis sind.



Die Kombination macht's – Kartenlayer ergänzen sich

Ein Schwerpunkt des Unterrichts liegt auf den globalen Ernährungsproblemen. Deshalb ist Philip neugierig auf das, was unter „Agrarrohstoffe“ zu finden ist. „Kakaobaum, Ölpalme und tropische Hölzer sind wichtige landwirtschaftliche Handelsgüter auf dem Weltmarkt. Daten zu diesen drei Erzeugnissen werden von der UN-Unterorganisation FAO und von der ITTO (eng. International Tropical Timber Organization) gesammelt und veröffentlicht. (...) Der Verkauf dieser Rohstoffe finanziert in manchen Fällen Konfliktbeteiligte und verlängert dadurch die Dauer von Konflikten. Angebaut werden sie vor allem in tropischen Regionen“, steht erläuternd unter der Weltkarte, die entsprechend der Ländervorkommen der Agrarrohstoffe schraffiert ist.

„Bitterer Kakao“ heißt die Überschrift zu einem Infotext, der sich über eine Pop-up-Funktion öffnet. Ausgerechnet der Grundstoff für leckere Schokolade ein „Konfliktrohstoff“? Der Infotext erklärt: „In der westafrikanischen Elfenbeinküste (Cote d'Ivoire) trugen z.B. Anbau, Schmuggel und Verkauf von Kakao nicht nur zum Einkommen der Konfliktparteien bei, sondern es waren auch Missstände in der Verwaltung des Kakao-sektors, die die gesellschaftlichen Gegensätze so verschärften, dass sie zur Rebellion von 2002 führten.“

Natürlich wird im Unterricht auch die Rolle der internationalen Gemeinschaft bzw. die Frage thematisiert, wie der Rohstoffabbau, z.B. im Bereich Holz, kontrolliert werden kann. Unter „Rohstoffkontrollregime“ kann ein Kartenlayer angeklickt werden, der die Mitgliedschaft der abbauenden Länder in FLEGT (Forest Law Enforcement, Governance and Trade) anzeigt, einem Aktionsplan der EU, der den ernstesten ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen des illegalen Holzeinschlags für Bevölkerung und Umwelt begegnen will.

Faktensammlung und Module – nicht nur zu Rohstoffen und Konflikten

Was den Schüler endgültig von sicherheitspolitik.bpb.de überzeugt, ist die umfangreiche Faktensammlung. „Das ist eine Alternative zu Google oder Wikipedia.

Das Portal ist schließlich nicht von irgendwem, sondern von der Bundeszentrale für politische Bildung und einem echten Friedens- und Konfliktforschungsinstitut, dem BICC“, bewertet Philip. Die Linksammlung enthält im Modul „Rohstoffe und Konflikte“ z.B. Artikel zu einzelnen Themen wie „Rohstoffvorkommen und -verteilung“, „Natürliche Rohstoffe – Finanzierungsquelle und Anlass für Konflikte“, „Konfliktrohstoff Diamanten“ oder auch „Drogen und bewaffnete Konflikte“, die jeweils weiterführenden Links zu noch mehr Quellen haben.

Die Faktensammlung umfasst aber auch die anderen Module des Portals. Dies sind aktuell noch „Kriege und Gewaltkonflikte“, „Frieden und Demobilisierung“ und „Militärische Kapazitäten und Mittel“. Jedes einzelne Modul funktioniert wie „Rohstoffe und Konflikte“ über Kartenfenster, per Mausklick anwählbare, sich ergänzende Kartenlayer sowie bestimmte Pop-up-Funktionen. Die Faktensammlung beinhaltet für jedes Modul gut recherchierte Hintergrund- und Infotexte. Darüber hinaus umfasst sie Datentabellen zu verschiedenen Themen, ein Glossar und umfangreiche Länderportraits. Kurz – sicherheitspolitik.bpb.de dürfte nicht nur für einen Erdkunde-Grundkurs attraktiv sein.

Dies wollen die Macher des Portals übrigens über einen Feedback-Button, der den Nutzer nach seiner Meinung fragt, genauer erfahren. „Mein Feedback zu sicherheitspolitik.bpb.de? Gefällt mir!“, urteilt Philip.

Susanne Heinke

Projekttitel:	Zahlen und Fakten zu Krieg und Frieden – Interaktives Online-Portal
Laufzeit:	seit Juli 2010
Gefördert durch:	Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Projektleitung:	Lars Wirkus
Projektmitarbeit:	Jan Hartmann, Susanne Heinke, Vera Klöttchen, Alexander Strunck
Webseite:	sicherheitspolitik.bpb.de
Programmbereich:	Daten und GIS (Geoinformationssysteme)
Projektkategorie:	Kapazitätenentwicklung

Demobilisierung und Reintegration im Südsudan – Neubeginn in einem schwierigen politischen Umfeld

Seit seiner offiziellen Gründung am 9. Juli 2011 steht der jüngste Staat der Erde, die Republik Südsudan, vor enormen Herausforderungen. Derzeit fließen noch mehr als die Hälfte der Staatsausgaben in den Militär- und Sicherheitssektor, wodurch wenig Geld für Entwicklungsvorhaben bleibt. Die südsudanesishe Regierung hat dieses Problem erkannt und die nachhaltige Senkung des Verteidigungshaushalts als eines der obersten Entwicklungsziele angegeben. Das Programm zur Entwaffnung, Demobilisierung und sozio-ökonomischen Reintegration (DDR) von ehemaligen Kombattanten spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Geleitet wird es durch die südsudanesishe DDR-Kommission. Diese wird im Auftrag des Auswärtigen Amtes und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) durch eine BICC-Langzeitfachkraft technisch beraten und im Kapazitätsaufbau unterstützt.

Bereits seit 2009 wurden im Südsudan ehemalige Kämpferinnen und Kämpfer entwaffnet, demobilisiert und in die Gesellschaft eingegliedert. Anfang 2011 wurde die Entwaffnung und Demobilisierung im Südsudan jedoch ausgesetzt, weil das Programm aus verschiedenen Gründen nicht den Erwartungen und Anforderungen entsprach. So konnten zwischen 2009 und 2011 von ursprünglich anvisierten 90.000 nur rund 12.500 Kombattanten demobilisiert werden. Außerdem gab es im Rahmen des Programms schwere – auch öffentlich diskutierte – Managementfehler auf Seiten der Vereinten Nationen sowie Korruptionsvorwürfe gegen die SPLA (Sudan People's Liberation Army) bei der Auswahl der Teilnehmer. Hinzu kam, dass die Reintegrationsleistungen angesichts der relativ hohen Gehälter, die SPLA-Soldaten erhalten, nicht adäquat an die Verhältnisse im südlichen Sudan angepasst und deshalb für die Kandidaten wenig attraktiv waren.

Aus der Vergangenheit gelernt

Im Sommer 2011 hat die Regierung des Südsudans ein Konzept für die zweite Phase des DDR-Programms vorgelegt, das 2012 starten soll. Bei den Planungen wurde die südsudanesishe DDR-Kommission durch eine BICC-Langzeitfachkraft beraten. Im September wurde schließlich eine DDR-Policy durch den Ministerrat verabschiedet, die die Entwaffnung, Demobilisierung

und Reintegration von insgesamt 150.000 Personen aus dem Sicherheitssektor (80.000 SPLA-Soldaten und 70.000 Mitglieder der anderen uniformierten Dienste wie Polizei, Gefängnisverwaltung, Wildschutzbehörde und Feuerwehr) innerhalb von sechs bis acht Jahren vorsieht. Damit zielt das neue DDR-Programm vornehmlich auf die Verkleinerung der Sicherheitskräfte und die Reduzierung der Ausgaben des Sicherheits- und Verteidigungssektors ab. Neben den Angehörigen von SPLA und der uniformierten Dienste sollen kleinere Sonderprogramme für Kindersoldaten, verwehrte Kriegsveteranen, Angehörige von ausländischen bewaffneten Bewegungen (hier v.a. der Lord's Resistance Army – LRA) sowie für Frauen, die mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen assoziiert waren, geschaffen werden.

Mit diesem geänderten Schwerpunkt des DDR-Programms auf aktive Angehörige des Sicherheitsapparats wird eine zentrale Forderung der internationalen Gemeinschaft umgesetzt, wurden doch zwischen 2009 und Anfang 2011 vor allem Kinder, Frauen und Soldaten mit Behinderungen demobilisiert, die nicht unbedingt im Sold der SPLA standen. Im neuen Programm soll sich dies ändern, zentrales Auswahlkriterium für die Angehörigen des Sicherheitsapparats ist, dass ihr Name auf der Soldliste der Regierung geführt wird. Die eindeutige Identifizierung der Teilnehmer (ein wesentliches Problem in der letzten Phase des DDR-Programms) soll durch militärische Identitätskarten erfolgen, die mittlerweile an einen Großteil der SPLA-Soldaten und an Mitglieder der anderen uniformierten Dienste ausgegeben wurden.

Schlüsselmerkmale des neuen DDR-Programms

Im Gegensatz zur letzten Programmphase beinhaltet die neue DDR-Strategie auch eine Entwaffnungskomponente. Vorgesehen ist, dass die Teilnehmer vor dem Eintritt in die Demobilisierungscamps von der SPLA/SSAF entwaffnet werden. Ein anderer wesentlicher Unterschied besteht in der Organisation der Demobilisierung. Während zwischen 2009 und Anfang 2011 diese innerhalb eines einzigen Tages bewältigt wurde, ist nun eine dreimonatige Demobilisierungsphase vorgesehen. Im Mittelpunkt stehen hier nach einer Erfassung und medizinischen Untersuchung der Teilnehmer



vor allem eine intensive berufliche Zukunftsberatung, gezielte Alphabetisierung sowie die Vermittlung von zivilen Fertigkeiten. Hiermit wurde eine zentrale Forderung der SPLA/SSAF nach einer längeren Übergangsphase zwischen Militär- und Zivilleben aufgegriffen. Dies soll vor allem durch verstärkte Ausbildungsmaßnahmen sowie eine verbesserte materielle Absicherung der Teilnehmer erfolgen.

Auf die dreimonatige Demobilisierungsphase folgt eine neunmonatige Phase der individuellen wirtschaftlichen und sozialen Integration in das Zivilleben. Hier gibt es gegenüber dem letzten DDR-Programm zwei wesentliche Veränderungen: Einerseits hat sich die Regierung bereit erklärt, das Gehalt der Teilnehmer für einen Zeitraum von insgesamt zwölf Monaten weiter zu zahlen, womit das wirtschaftliche Überleben von ehemaligen Kombattanten und ihren Familien gesichert wird. Andererseits soll im Rahmen der Reintegration verstärkt auf die individuellen Wünsche und Bedürfnisse der Teilnehmer eingegangen werden. Hierzu wird auf der Basis der bestehenden Strukturen der DDR-Kommission in den einzelnen Staaten des Südsudans ein Netz von Beratungsstellen aufgebaut. Auf dieser Basis setzt das neue Programm auf die Entwicklung eines individuellen Eingliederungsplans für jeden Teilnehmer.

Vorbereitung der Pilotphase

Die Neuausrichtung des DDR-Programms bedurfte intensiver Diskussionen zwischen der südsudanesischen DDR-Kommission, der SPLA/SSAF, dem Verteidigungs- und Innenministerium sowie der am DDR-Prozess beteiligten internationalen Partner. Das BICC-Beratungsvorhaben hat diesen Prozess im Auftrag des Auswärtigen Amtes und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 2011 intensiv begleitet und die Erarbeitung der Strategiepapiere für den neuen DDR-Prozess unterstützt. Dieser Beratungsansatz wird auch im Jahr 2012 weiter verfolgt.

Für das Jahr 2012 ist eine Pilotphase mit zunächst 4.500 Teilnehmern vorgesehen. Diese sollen in Demobilisierungscamps an drei Standorten im Südsudan auf die Rückkehr in das zivile Leben vorbereitet werden. Die DDR-Kommission wird bei der Planung und Implemen-

tierung der Pilotphase durch die BICC-Langzeitfachkraft vor Ort technisch unterstützt werden.

Schwieriges gesamtpolitisches Umfeld

Das politische Umfeld stellt nach wie vor eine enorme Herausforderung für den gesamten DDR-Prozess dar. Ungelöste Fragen zwischen Südsudan und Sudan, etwa zur Erdölförderung, Grenzziehung oder dem Status der Grenzregion Abyei, sind noch offen und waren Anfang 2012 Auslöser für kriegerische Auseinandersetzungen an der Grenze sowie erneute Mobilisierungen auf beiden Seiten. Nur bei einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Südsudan und Sudan erscheint eine Umsetzung der geplanten DDR-Aktivitäten deshalb überhaupt möglich.

Claudia Breitung

Projekttitlel:	Unterstützung für Abrüstung, Demobilisierung und Reintegration (DDR) im Südsudan (Kapazitätenaufbau-Komponente)
Laufzeit:	seit Oktober 2009
Gefördert durch:	Auswärtiges Amt und Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Projektleitung:	Wolf-Christian Paes
Projektmitarbeit:	Claudia Breitung
Programmbereich:	Sicherheit – Akteure, Systeme, Bedrohungen
Projektkategorie:	Kapazitätenentwicklung

Entwicklungszusammenarbeit und private Sicherheitsfirmen

Zwischen den Jahren 2010 und 2011 untersuchten Wissenschaftler des BICC, gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), private Sicherheitsanbieter in Timor Leste, Liberia und Peru. Ihr Interesse lag dabei besonders auf der Beziehung zwischen privater Sicherheit und Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Die Kooperation mit Sicherheitsfirmen, so ein Ergebnis der Studie, fordert die Handelnden in der Entwicklungszusammenarbeit auf wirtschaftlicher, sozialer und sicherheitspolitischer Ebene heraus.

Einerseits sind private Sicherheitsfirmen ein wichtiger Teil der Wirtschaft und des Sicherheitssektors vieler Entwicklungsländer. Sie beeinflussen direkt eine Reihe von für die Entwicklung dieser Länder relevanten Faktoren. Aus der Perspektive der Entwicklungspolitik heraus sollten sie daher von vornherein an Prozessen der Sicherheitssektorreform (SSR) beteiligt sein.

Andererseits verlassen sich die Entwicklungsagenturen selbst mehr und mehr auf die Dienstleistungen privater Sicherheitsanbieter. In manchen Partnerländern sind selbst Missionen der Vereinten Nationen, bilaterale Geber und internationale Nichtregierungsorganisationen unter den wichtigsten Kunden privater Sicherheitsfirmen zu finden. In diesem Sinn sind sie direkt in die weiteren sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen kommerzieller Sicherheit verwickelt.

Entwicklung und private Sicherheit im Kontext der Sicherheitssektorreform

Entwicklungsorganisationen unterstützen Partnerländer oft dabei, einen effektiven und legitimen Sicherheitssektor zu etablieren und aufrechtzuerhalten. Die Ergebnisse der BICC-Untersuchung in Timor Leste und Liberia zeigen jedoch, dass diese Unterstützung sich fast ausschließlich auf staatliche Organe beschränkt. Obwohl es sicherlich nicht zu kritisieren ist, dass staatlichen Institutionen auf diese Weise geholfen wird, vernachlässigt ein solch einseitiger Schwerpunkt die Tatsache, dass private Sicherheitsanbieter oft einen größeren und möglicherweise ebenso wichtigen Teil des Sicherheitssektors darstellen. Dennoch wurden sie entweder, wie in Timor Leste, erst sehr spät oder, wie in Liberia, gar nicht in den SSR-Prozess der einbezogen. In

beiden Ländern ist die Regulierung privater Sicherheitsanbieter von Regierungsseite her schwach bis nicht existent. Dies verursacht besonders dann Probleme, wenn ausufernde Großstadtkriminalität auf eine weitestgehend unprofessionelle Sicherheitsindustrie trifft.

(Mangelnde) Professionalität ist jedoch nur ein Teil des Gesamtbilds. Die private Sicherheitsindustrie beeinflusst eine Reihe von Faktoren, einschließlich der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Daher sollte die Beratung bei der Regulierung und Aufsicht dieser Akteure sowohl die für die Sicherheit relevanten Ministerien als auch die (öffentlichen wie privaten) Institutionen, die sich mit dem Arbeitsmarkt und der nationalen Wirtschaft befassen, einbeziehen. Diese Unterstützung sollte auch durch Maßnahmen ergänzt werden, die Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen dazu befähigen, das Verhalten von Sicherheitsfirmen zu überwachen und öffentlich zu machen.

Entwicklungsagenturen als Kunden privater Sicherheit

Die Vergabe von Sicherheitsdiensten an private Anbieter ist ein in vielen Entwicklungsländern relativ neuer aber starker Trend. Dabei sind es oft gerade EZ-Akteure, die den Prozess zur Entstehung privater Sicherheitsfirmen vorantreiben. Sie sollten sich ernsthaft damit auseinandersetzen, wie diese Dynamik sowohl die Gemeinschaften, in denen sie arbeiten, als auch ihre eigenen entwicklungspolitischen Anliegen beeinflusst.

Timor Leste ist ein besonders extremes Beispiel dafür. Nicht nur, dass die Sicherheitsindustrie insgesamt der größte Arbeitgeber im Land ist – Entwicklungsagenturen sind auch unter ihren größten Kunden zu finden. Die EZ hat so lokale Abhängigkeiten erzeugt, die das oft zitierte Ziel, eine nachhaltige Wirtschaft zu schaffen, konterkarieren.

Eine Diversifizierung der Kundenbasis würde zwar die Nachhaltigkeit der Sicherheitsindustrie in Timor Leste erhöhen, möglicherweise jedoch um den hohen Preis des sozialen Friedens. Denn die Kommerzialisierung von Sicherheitsdienstleistungen könnte soziale Spannungen in Folge einer stärkeren wirtschaftlichen Schichtenbildung der Gesellschaft verstärken.



Ein Weg aus diesem Dilemma wäre schlicht und ergreifend, die Leistungen von privaten Sicherheitsunternehmen nicht in Anspruch zu nehmen. Entwicklungsagenturen könnten Projekte finanzieren, die den Gemeinschaften, die in der direkten Umgebung ihrer Büros und Wohnhäuser leben, zugute kommen – und somit Vertrauen und Akzeptanz der dort ansässigen Menschen gewinnen. Eine solche Herangehensweise könnte sich als eine brauchbare Sicherheitsstrategie herausstellen.

Nichtsdestotrotz sind solche „idealen“ Arrangements nicht immer möglich. Während dies in Timor Leste, wo die Kriminalitätsrate generell niedrig ist, funktionieren mag, ist das Umfeld der EZ in Liberia wesentlich unsicherer und nur wenige Geberagenturen werden sich dort ohne Wachdienste wohlfühlen. Solange sie aber privaten Schutz für notwendig halten, sollten Entwicklungsagenturen besser eigene Wachleute beschäftigen.

In allen drei untersuchten Fällen waren die Arbeitsbedingungen von Wächtern, die bei privaten Sicherheitsanbietern beschäftigt waren, wesentlich schlechter als die derjenigen, die direkt von ihren Auftraggebern bezahlt wurden. Die Zahlung angemessener Löhne und die Versorgung mit bestimmten Sozialleistungen an die eigenen Sicherheitsangestellten ist eine Frage der sozialen Verantwortung, die Geberorganisationen ernst nehmen sollten.

Empfehlungen für die Entwicklungszusammenarbeit

Allgemein gilt, dass das Anheuern von privaten Sicherheitsdienstleistern nur als letzte Option zum Schutz von Entwicklungsagenturen in Frage kommen sollte. Wenn aber so entschieden wird, sollte Kosteneffizienz allein nicht das ausschlaggebende Kriterium sein. Denn wenn sich eine Entwicklungsagentur in besonders gefährlichen Ländern wie Liberia für den billigsten Anbieter entscheidet, birgt dies möglicherweise hohe Risiken. Auch die unbestreitbar wichtige professionelle Qualität der Dienstleistungen sollte nicht der einzige Grund sein, den Auftrag an einen bestimmten Anbieter zu vergeben. Zur Entscheidungsfindung sollten Geberagenturen deshalb auch folgende Punkte berücksichtigen:

Arbeitsbedingungen innerhalb des Sicherheitsanbieters. Wird das Wachpersonal vernünftig bezahlt und erhält es Sozialleistungen? Wie lang sind ihre Schichten und Arbeitszeiten? Erlaubt und fördert das Unternehmen die Entwicklung der einzelnen Angestellten? Viele Sicherheitsanbieter in Timor Leste, Liberia und Peru weisen hier große Defizite auf.

Verhältnis zwischen Sicherheitsanbieter und lokalen Gemeinden. Wie ist das Ansehen des Sicherheitsanbieters in den Gemeinden, in denen er arbeitet? Respektiert er die lokalen Erwartungshaltungen und hält sich an die dortigen Sitten? In Timor Leste sollten Entwicklungsagenturen z.B. auf Wachpersonal bestehen, das aus den Gemeinden kommt, in denen ihre Büros angesiedelt sind.

Die Haltung des Sicherheitsanbieters und seiner Wachleute zu Menschenrechten. War der Sicherheitsanbieter in der Vergangenheit an Menschenrechtsverletzungen beteiligt? Überprüft er, ob seine Angestellten in mögliche Menschenrechtsverletzungen involviert waren? Wie gründlich sind diese Untersuchungen? Diese Fragen sind besonders in Postkonfliktsituationen wichtig. Angesichts der wohl erst vor kurzem stattgefundenen Beteiligung von Sicherheitsfirmen an Menschenrechtsverletzungen in Peru ist jede Entwicklungsagentur gut beraten, diesen Aspekt bei der Einwerbung kommerzieller Sicherheit dort besonders zu berücksichtigen.

Marc von Boemcken

Projekttitle:	Kommerzialisierung von Sicherheitsproduktion in Entwicklungsländern
Laufzeit:	bis Februar 2012
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektleitung:	Marc von Boemcken
Projektmitarbeit:	Dr. Michael Ashkenazi, Clara Schmitz-Pranghe
Publikationen:	s. Publikationsliste
Programmbereich:	Sicherheit – Akteure, Systeme, Bedrohungen
Projektkategorie:	Anwendungsorientierte Forschung

Enttäuschte Erwartungen – Lokale Auswirkungen von Erdölförderung in Melut County, Südsudan

Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte BICC-Forschungsprojekt „Sozioökonomische Auswirkungen von Erdölinvestitionen mit chinesischer Beteiligung im Südsudan“ widmet sich am Beispiel von Melut County in Upper Nile State der Frage, welche Konsequenzen die Erdölförderung für die lokale Ebene hat. In einer ersten von zwei vierwöchigen Feldforschungsphasen untersuchten Forscherinnen des BICC insbesondere die Entwicklungsprojekte des Petrokonsortiums PDOC und befragten die örtliche Bevölkerung zu positiven und negativen Effekten der Ölförderung.

Die Friedens- und Konfliktforschung beschäftigt sich schon seit längerem mit der Korrelation zwischen Erdöleinnahmen und Gewaltkonflikten auf der nationalstaatlichen bzw. der Makroebene. Die Mikroebene hingegen, d.h. die lokalen Auswirkungen der Erdölförderung in der unmittelbaren Umgebung und dabei entstehendes Konfliktpotenzial, findet in der Forschung dagegen weniger Beachtung. Genau hier setzt das BICC-Forschungsprojekt „Sozioökonomische Auswirkungen von Erdölinvestitionen mit chinesischer Beteiligung im Südsudan“ an.

Die ökonomische Situation im Südsudan und die Rolle des Erdölsektors

Der Südsudan wurde im Juli 2011 unabhängig. Dieser jüngste Staat der Welt gehört zugleich auch zu ihren ärmsten. Trotz hoher makroökonomischer Wachstumsraten in den letzten Jahren lebt immer noch mehr als die Hälfte seiner etwa 8,3 Millionen Einwohner von weniger als einem US-Dollar am Tag. Die Säuglingssterblichkeit ist sehr hoch (102 von 1.000 Lebendgeburten), die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt nur 42 Jahre und die Analphabetenrate liegt bei fast 75 Prozent.

Viele Südsudanesen sehen sich der mit dem makroökonomischen Wachstum einhergehenden Inflation und den steigenden Warenpreisen hilflos ausgesetzt. Bisher haben nur wenige Arbeit in formellen Wirtschaftszweigen finden können – nicht zuletzt, weil diese im Südsudan alles andere als diversifiziert sind. So stammen 90 Prozent des finanziellen Werts aller

südsudanesischen Exporte in den vergangenen Jahren aus der Erdölförderung, die auch fast 98 Prozent des südsudanesischen Staatshaushalts generiert. Zugleich hat der Erdölsektor wenig Verbindung zu anderen Wirtschaftszweigen und bietet kaum Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung.

Der Erdölsektor im Südsudan wird derzeit von vier asiatischen Petrokonzernen dominiert, die als Konsortien in wechselnder Konstellation, jedoch immer mit Beteiligung der staatlichen südsudanesischen Ölfirma Nilepet, die Förderung in den verschiedenen Erdölfeldern betreiben. Im Südsudan werden zwei verschiedene Sorten Erdöl gefördert: Einerseits das qualitativ bessere Nile Blend-Öl, dessen Fördervolumen in den letzten Jahren jedoch rückläufig war, und andererseits Dar Blend, ein minderwertigeres Öl, das auf dem Weltmarkt schlechtere Preise erzielt und dessen Produktionsraten im letzten Jahr vermutlich bereits ihren Zenit erreicht haben. Insgesamt exportierte der Südsudan von Juli bis Dezember 2011 33,4 Millionen Barrel Erdöl im Wert von 3,2 Milliarden US-Dollar.

Die Erdölbranche spielte bereits während des inner-sudanesischen Bürgerkriegs eine wichtige Rolle. In den 1990er Jahren wurden die für den Erdöllexport notwendigen Raffinerien und Pipelines ausschließlich in der Nordhälfte des Sudan gebaut, ebenso wie auch der einzige Exporthafen für sudanesisches Öl, Port Sudan am Roten Meer. Nach seiner Unabhängigkeit im Juli 2011 war der Südsudan daher auf die Infrastruktur im Norden angewiesen. Die Regierung des Sudan forderte aber im internationalen Vergleich deutlich überhöhte Transitgebühren und beschlagnahmte nach der Weigerung Jubas diese zu bezahlen einen Teil des durchgeleiteten Öls. Im Januar 2012 schließlich stellte der Südsudan aufgrund des Streits um die Durchleitungsgebühren jegliche Ölförderung ein – obwohl der südsudanesische Staatshaushalt den Wegfall der Exporteinnahmen nur schwerlich verkraften kann.

In der Folge eskalierten die Spannungen zwischen Südsudan und Sudan bis hin zu Bombardierungen und militärischen Auseinandersetzungen in den Grenzgebieten, in denen sich die Ölanlagen befinden. Die von der Afrikanischen Union vermittelten Verhandlungen



gen zwischen den beiden verfeindeten Nachbarstaaten wurden immer wieder unterbrochen, die Erdölförderung ist weiterhin eingestellt. Südsudan erwägt den Bau alternativer Ölpipelines an die kenianische oder eritreische Küste, was ein höchst kosten- und zeitaufwändiges Unterfangen wäre. Vieles deutet darauf hin, dass der Erdölsektor im Südsudan auch in Zukunft ein erhöhtes Konfliktpotenzial befördern wird.

Erdölförderung im County Melut – Konflikte auf der Mikroebene

Vor dem Bürgerkrieg war Melut Town eine Marktstadt und Sitz der lokalen Regierung. Während des Krieges war es Garnisonsstadt der nordsudanesischen Armee (SAF). In dieser Zeit wurden weite Teile der Stadt zerstört und viele Einwohner des Landkreises flohen oder wurden von der SAF vertrieben. Die meisten Einwohner Meluts sind Agropastoralisten. Viele haben während des Bürgerkriegs ihr Vieh verloren und versuchen nun, von der Landwirtschaft zu leben. Nach dem Ende des Bürgerkriegs und mit der Ausbreitung der Ölindustrie kehrte nicht nur die vormalige Bevölkerung des Landkreises zurück, sondern auch andere Kriegsvertriebene siedelten sich in der Hoffnung auf Arbeit dort an. Der Zensus im Jahr 2008 wies für Melut County knapp 50.000 Einwohner aus.

Melut County liegt im Fördergebiet Block 7, in dem die Petrodar Operating Company (PDOC) seit 2001 Ölvorhaben exploriert und seit 2006 Dar Blend-Öl gewinnt. In dieser Gesellschaft hält China National Petroleum (CNPC) 41 Prozent und die malaysische Firma Petronas 40 Prozent der Anteile, die übrigen verteilen sich auf Sinopec aus China, eine Firma aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und Nilepet.

Schon während des Bürgerkrieges profitierte PDOC im Landkreis Melut von der gewaltsamen Vertreibung der Zivilbevölkerung durch die SAF und konnte ungehindert Ölanlagen installieren, die weiterhin genutzt werden.¹ Die Feldstudie ergab, dass Erwartungen der Bevölkerung heute sowohl von der (auf lokaler Ebene fast gänzlich abwesenden) Regierung des Südsudan als auch von PDOC immer wieder enttäuscht worden

sind. Weder bietet Petrodar der Bevölkerung Arbeitsplätze, noch trägt es auf andere Weise zum Wiederaufleben der lokalen Wirtschaft und somit zur generellen Entwicklung des Landkreises bei. Umweltprobleme sind die einzig „sichtbaren“ lokalen Konsequenzen der Erdölförderung. Der Konflikt zwischen der lokalen Bevölkerung und Petrodar wird auch dadurch befördert, dass derzeit noch Nordsudanesen viele Schlüsselpositionen bei PDOC innehaben. Die Frustration über die enttäuschten Erwartungen schlägt teils in Sabotageakte um, teils führt sie zu Apathie.

Konflikte bestehen nicht nur zwischen den lokalen Gemeinschaften und Petrodar bzw. der südsudanesischen Regierung. Auch innerhalb der lokalen Bevölkerung gibt es Auseinandersetzungen, sei es zwischen verschiedenen Untergruppen von Stämmen, sei es zwischen (teils wiedergekehrten) Alteingesessenen und Neuankömmlingen.

Vor diesem Hintergrund stieß bei allen Seiten der Vorschlag der BICC-Forscherinnen auf Interesse, Regierungsvertreterinnen und -vertreter aller Ebenen, Petrodar, Gemeindevorsteher, lokale Älteste sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger bei einem *Stakeholder-Workshop* zusammenzubringen. Ein solcher Workshop könnte sinnvoll sein, sobald die Verhandlungen zwischen Sudan und Südsudan wieder aufgenommen worden sind und eine Übergangslösung für die Verteilung der Öleinnahmen gefunden worden ist.

Christine Andrä und Dr. Elke Grawert

Projekttitle:	Chinesische Ölinvestitionen im Südsudan
Laufzeit:	seit August 2011
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektleitung:	Lena Guesnet, Dr. Elke Grawert
Projektmitarbeit:	Christine Andrä
Publikationen:	s. Publikationsliste
Programmbereich:	Ressourcen und Konflikte
Projektkategorie:	Anwendungsorientierte Forschung

¹ Alle Aussagen über die Situation in Melut County heute beziehen sich auf den vor dem Förderstopp liegenden Zeitraum November/Dezember 2011.

„Faires“ Gold aus Kleinbergbau in Peru und der DR Kongo?

Die Nachfrage nach Gold bekam durch die Wirtschafts- und Finanzkrise einen zusätzlichen Schub. Die hohen Goldpreise locken weltweit auch Hunderttausende von Kleinschürfern in den Goldabbau, die mit einfachsten Werkzeugen das edle Metall aus dem Gestein waschen. Vor diesem Hintergrund haben das BICC und Südwind Institut für Ökonomie und Ökumene ein gemeinsames Projekt initiiert, das anhand der Beispiele Peru und Demokratische Republik Kongo der Frage nachgeht, welche Maßnahmen die Lebensbedingungen von Kleinschürfern verbessern können – darunter insbesondere die Zertifizierung von „fairem“ Gold. Mittelgeber der beiden Länderstudien sind Misereor, der Evangelische Entwicklungsdienst, die nordrhein-westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung sowie die Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn.

Schätzungen zufolge ist die Zahl der Kleinschürfer in den letzten Jahren auf weltweit mindestens 25 Millionen Menschen gestiegen. Ihre Arbeit im Kleinbergbau ernährt 150 bis 170 Millionen Menschen. An der weltweiten Goldproduktion sind – je nach Quelle – zwischen 12 und 25 Prozent Kleinschürfer beteiligt, die so versuchen unter meist miserablen Bedingungen ihren und den Lebensunterhalt ihrer Familien zu sichern.

Peru

Mit einem Wirtschaftswachstum von 8,8 Prozent im Jahr 2010 gilt Peru derzeit als eines der erfolgreichsten Länder Lateinamerikas. Dabei erzielt der Goldexport – rund 170 Tonnen im Jahr 2011 – 37 Prozent der Exporteinnahmen. Neben Großbergbauprojekten, die vielfältige soziale und ökologische Konflikte hervorrufen, nimmt in Peru aber auch der Kleinbergbau und Bergbau mittlerer Größe an Bedeutung zu. So stieg die Anzahl der Kleinschürfer dort von 22.000 im Jahr 1991 auf mehr als 100.000 im Jahr 2010. Der Anteil von Gold aus Kleinbergbau an Perus gesamter Goldproduktion wuchs bis 2010 auf 31 Prozent. Vielerorts gehört Goldabbau seit Generationen zur traditionellen Existenzgrundlage mancher Gemeinschaften. Der steigende Goldpreis und schlechte Bedingungen für den Ackerbau ließen in den letzten Jahren zudem viele Menschen in die Fördergebiete einwandern, die zuvor von Landwirtschaft und Fischerei lebten.

Obwohl Lima eine Gesetzgebung zum Kleinbergbau erlassen hat, befinden sich viele der Kleinschürfer in einem Zustand rechtlicher Unsicherheit und laufen ständig Gefahr ihre Einkommensquelle zu verlieren. Denn solange sie sich keine formale Basis geben, erfüllen sie nicht die Bedingungen eine legale Schürfkonzession zu erwerben. Sie werden dadurch leicht zu Opfern von Korruption, Verfolgung und Erpressung.

Demokratische Republik Kongo

In der DR Kongo stammen schätzungsweise 90 Prozent der Produktion mineralischer Rohstoffe aus dem artisanalen Bergbau (manueller Kleinbergbau), wo zwischen 500.000 und zwei Millionen Kleinschürfer beschäftigt sind. Es gibt sowohl alluviale Vorkommen entlang von Flussläufen als auch Goldabbau unter Tage, auch hier zum Teil mit jahrzehntelanger Tradition. So kam es 1982, als Präsident Mobutu den Minensektor liberalisierte und damit praktisch den artisanalen Abbau genehmigte, zu einem regelrechten Ansturm auf die Goldminen.

Die Kleinschürfer im Kongo arbeiten mit sehr viel einfacheren Mitteln als die in Peru, wo zumindest Geräte mit einfachen Motoren eingesetzt werden. Ein Großteil der Arbeit wird hier mit der Hand und einfachsten Werkzeugen wie Pickel, Schaufel, Eimer und Waschsüssel erledigt.

Dennoch decken sich die mit dem Kleinbergbau verbundenen Probleme in großen Teilen mit denen in Peru. Fehlender Arbeitsschutz, Kinderarbeit, Prostitution und Umweltschäden sind ebenso an der Tagesordnung wie mangelnder Rechtsschutz. Ein großer Teil der kongolesischen Kleinschürfer arbeitet informell, ist also nicht registriert.

Selbstorganisation der Schürfer

In Peru haben es einige Kleinbergleute geschafft sich zu organisieren. So schlossen sich in Santa Filomena bereits 1989 informell arbeitende Kleinschürfer zu der Organisation SOTRAMI (Gesellschaft der Minenarbeiter GmbH) zusammen. Sie schürften Gold auf dem Gelände einer zuvor industriell betriebenen Mine eines amerikanischen Bergbauunternehmens. Gegenwärtig



strebt SOTRAMI die Einführung von sicheren Arbeitsbedingungen und den Verzicht auf Chemikalien wie Quecksilber und Zyanid beim Goldabbau an. Im Januar 2011 bewirtschafteten 88 Teilhaber der Mine und 30 selbstständige Kleinschürfer 1.000 Hektar Land.

Ein Fairtrade-Zertifizierungssystem der Alliance for Responsible Mining (ARM), eines Bündnisses aus lateinamerikanischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen, will nun die Kleinbergbauregion entwickeln, mehr Gleichberechtigung und den Zugang zu Bildung erreichen sowie Kinderarbeit verhindern. Diese Erfahrung zeigt, dass die Organisation der Kleinschürfer eine notwendige Voraussetzung für Zertifizierungsprozesse war.

Auch in der DR Kongo organisieren sich in den meisten Fördergebieten die Kleinschürfer – sei es in Basis-einheiten, den sog. „Zellen“, in Komitees, Vereinigungen, Verbänden oder Kooperativen. Allerdings stehen der Selbstorganisation der Kleinschürfer im Kongo zahlreiche Interessen und administrative Hürden entgegen – sei es von staatlichen Institutionen oder von traditionellen Autoritäten wie Dorfchefs.

Für die DR Kongo ist das Thema Zertifizierung von Mineralien besonders brisant, denn der Abbau von und Handel mit Rohstoffen hat die Kriege der Jahre 1996 bis 2003 mitfinanziert. In den USA schreibt das Finanzmarktgesetz Dodd-Frank-Act aus dem Jahr 2010 börsennotierten Unternehmen vor, öffentlich Bericht darüber zu erstatten, wie sie vermeiden, auch nur indirekt durch den Erwerb von Metallen wie Gold, Zinn, Tantal und Wolfram Milizen in der DR Kongo Geld zukommen zu lassen.

Im Osten der DR Kongo beeinträchtigte bereits die Ankündigung der neuen Regel die Kleinschürfer immens. Eine Lösung soll ein System bringen, das die DR Kongo im März 2011 für den Mineralienhandel verpflichtend einführt. Es beruht auf zertifizierten Handelsketten (Certified Trading Chains/CTC). Vorbild ist das Nachbarland Ruanda, wo die Deutsche Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) an einem entsprechenden Vorhaben beteiligt war. Die CTC-Zertifizierung im Kongo soll den regionalen Regeln entsprechen, die auch in den Nachbarländern gelten.

Kurz- oder mittelfristig wird es aber kaum gelingen, das Zertifizierungssystem flächendeckend im Kongo einzuführen. Dagegen sprechen die fragile Sicherheitslage, die begrenzten staatlichen Kapazitäten und die starken ökonomischen Interessen, die in die illegale Ressourcenwirtschaft involviert sind.

Prinzipiell können Zertifizierungen dazu beitragen, den Lebensstandard armer Kleinschürfer zu verbessern, sowie besseren Umweltschutz, die Einhaltung von Menschenrechten und einem Grundstandard ethisch vertretbarer Arbeitsbedingungen zu fördern. Die Voraussetzungen dafür sind jedoch von Land zu Land unterschiedlich und bleiben Gegenstand des Kleinschürfer-Forschungsprojekts, das sich auch zum Ziel gesetzt hat, den Dialog zwischen Industrie, Kleinschürfervertretern, Entwicklungs- und Forschungsinstitutionen und Zivilgesellschaft in Deutschland und den Produzentenländern über faire Zuliefererketten zu fördern. Einen Auftakt hierfür bildete ein Fachgespräch am 29. Februar 2012 in Bonn, bei dem erste Ergebnisse der Forschungsreisen zur Diskussion gestellt wurden und Kleinschürfervertreter aus Peru und der DR Kongo zu diesen Themen Stellung bezogen.

Marie Müller

Projekttitle:	Kleinschürfer von Rohstoffen in Entwicklungsländern
Laufzeit:	seit Juli 2011
Gefördert durch:	Evangelischer Entwicklungsdienst (eed), Misereor, Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW und Stiftung internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn
Projektpartner:	Südwind Institut für Ökonomie und Ökumene
Projektleitung:	Marie Müller
Projektmitarbeit:	Christine Andrä, Lena Guesnet
Publikationen:	s. Publikationsliste
Programmbereich:	Rohstoffe und Konflikte
Projektkategorie:	Anwendungsorientierte Forschung

Die politische Ökonomie von Sicherheit – Kommerzialisierung, Rüstungsindustrie und Migrationskontrolle

Über die „Erweiterung“ von Sicherheit wurde in letzter Zeit viel geschrieben und geforscht. Die ökonomische Dimension dieser Entwicklungen bleibt jedoch weitestgehend vernachlässigt. Sicherheit umfasst ein weites Feld von Praktiken, das schon lange nicht mehr Staaten und ihren Streitkräften vorbehalten ist. Seien es private Unternehmen oder nicht staatliche bewaffnete Gruppen: die unterschiedlichsten Akteure bieten Sicherheitsleistungen feil. Es entstehen komplexe, meist transnationale Sicherheitsmärkte. Zusehends verschwimmen dabei die Grenzen zwischen öffentlich und privat, Innen und Außen, dem Zivilen und dem Militärischen. Neue Sicherheitspraktiken stellen deshalb – nicht zuletzt – eine große Herausforderung für die künftige Konversionsforschung dar“, wie die BICC-Forscher Marc von Boemcken und Ruth Vollmer im folgenden Artikel erläutern.

Die Beschäftigung mit Ressourcenkonflikten und Bürgerkriegsökonomien in den Gesellschaften des globalen Südens prägt die Arbeit des BICC schon seit mehr als einem Jahrzehnt. Parallel dazu rücken auch die Sicherheitsmärkte in den urbanen Gesellschaftsräumen des Südens in den Fokus der Aufmerksamkeit. Zwischen 2009 und 2011 führte das BICC zum Beispiel ein Forschungsprojekt zu den entwicklungspolitischen Auswirkungen privater Sicherheitsfirmen in Timor Leste, Liberia und Peru durch (vgl. Seite 26).

Die Sicherheitsmärkte des Südens sind jedoch keinesfalls auf privatwirtschaftliche Unternehmen beschränkt. Staaten beteiligen sich hier womöglich ebenso an der Kommerzialisierung von Sicherheitsleistungen wie bewaffnete Banden, „Warlords“, Milizen und Bürgerwehren. Eine wichtige Forschungsfrage betrifft die jeweilige Logik der Kapitalakkumulation, die dem Handeln verschiedener Sicherheitsproduzenten zugrunde liegt. Variationen sozialer und politischer Ordnung, so die Hypothese, sind häufig eng mit der politischen Ökonomie von Sicherheit verknüpft. Diese Wechselwirkungen gilt es in Zukunft in verschiedenen Szenarien empirisch herauszuarbeiten. Wann wird Sicherheit als kommerzielle Ware produziert, wann als ein „öffentliches Gut“? Wie wird der Zugang zu Sicherheit als „öffentlichem Gut“ geregelt, wer wird davon ausgeschlossen? Was sind die gesellschaftspolitischen

Auswirkungen unterschiedlicher Formen von Sicherheitsproduktion?

Die europäische Rüstungs- und Sicherheitsindustrie

Vor allem die Frage der Rüstungsexporte und Exportkontrolle markiert seit vielen Jahren einen wichtigen Pfeiler der Forschungs- und Beratungstätigkeiten des BICC (vgl. Seite 12). Klar ist aber auch: Das althergebrachte Bild einer national verankerten „wehrtechnischen“ Industrie, allein spezialisiert auf die Herstellung militärischer Waffensysteme, die vornehmlich an die eigenen Streitkräfte geliefert werden, trifft kaum noch zu. Vormalig nationale Rüstungsindustrien entwickeln sich zu einem transnationalen Rüstungs- und Sicherheitsgewerbe, das sowohl Produkte als auch Dienstleistungen an militärische wie zivile Abnehmer verkauft. Die Veränderung des Sicherheitsmarktes zeigt sich auch in der Gründung neuer Lobbyverbände, die sowohl auf nationaler wie europäischer Ebene verstärkt Einfluss auf die Politik ausüben.

Industrielle Diversifizierung darf nicht mit einer – aus friedenspolitischer Perspektive erstrebenswerten – Rüstungskonversion verwechselt werden. Zivile Überwachungstechnologien und Grenzsicherungssysteme werfen mindestens ebenso viele ethische Fragen auf wie etwa die Herstellung von Panzern oder U-Booten. Hinzu kommt, dass ihr Export ins Ausland – im Gegensatz zu Kriegswaffen – kaum staatlichen Kontrollen unterworfen ist.

Mit Blick auf die Sicherheitsmärkte des globalen Nordens ergeben sich für das BICC drei übergeordnete Forschungsfragen. Erstens: Was bedeutet „Konversion“ unter dem Vorzeichen industrieller Wandlungsprozesse? Was sind die Konversionspotenziale eines transnationalen Rüstungs- und Sicherheitsgewerbes? Zweitens: Mit welchen staatlichen und internationalen Regulierungsmaßnahmen ist den Veränderungen in der Rüstungsindustrie zu begegnen? Drittens: Inwieweit ist die Industrie ein reaktiver Zulieferer von Produkten und Leistungen, die lediglich die „objektiven“ Sicherheitsbedürfnisse ihrer Kunden bedienen – oder ist sie womöglich selbst an der Konstituierung von (Un)Sicherheitsdiskursen beteiligt?



Sicherheitsmärkte und Migrationskontrolle

Seit 2007 widmet sich das BICC dem Forschungsfeld Migration, insbesondere den vielfältigen Zusammenhängen zwischen Migrationsbewegungen und Sicherheit bzw. gewaltsamen Konflikten¹. Diesen *Security-Migration-Nexus* beabsichtigt das BICC künftig um die Dimension der politischen Ökonomie zu erweitern. Konkret heißt das: Die Migrationspolitik der Europäischen Union (EU) und ihrer Mitgliedsstaaten existiert nicht jenseits wirtschaftlicher Interessen. Während ökonomische Aspekte von Migration selbst bereits eingehend untersucht wurden, haben die Sicherheitsmärkte der Migrationspolitik bislang vergleichsweise wenig Beachtung gefunden.

Tatsächlich veranschaulicht das Beispiel Migrationskontrolle die oben genannten Veränderungen in der europäischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie. Im Zuge der Diversifizierung ihres Produktportfolios sind klassische Rüstungsfirmen auch zu Anbietern von Technologien geworden, die eingesetzt werden, um Migrationsbewegungen zu kontrollieren, steuern und ggf. zu unterbinden.

Auch spiegelt sich in den Reaktionen der EU auf die Migration, insbesondere aus afrikanischen Staaten in Richtung EU, deutlich die Aufweichung der Grenzen zwischen ziviler und militärischer Sicherheit. Exemplarisch dafür steht das bereits in der Testphase befindliche zivil-militärische Grenzüberwachungssystem EUROSUR (*European Border Surveillance System*), in dessen Entwicklung bereits über 100 Millionen Euro aus dem EU-Sicherheitsforschungsprogramm geflossen sind. EUROSUR strebt die Vernetzung aller Grenzbehörden der Mitgliedsstaaten an. Verschiedene Informationen von Satelliten, Radaranlagen und Drohnen sollen künftig in eine gemeinsame Datenbank fließen. Formal entsteht damit ein dezentral angelegtes Aufklärungs- und Kommunikationssystem, welches unter anderem auch auf militärische Überwachungseinrichtungen, inklusive NATO-Kapazitäten, zurückgreift. Als Hauptlagezentrum wird die EU-Grenzsicherungsagentur Frontex in Warschau dienen. Sowohl an der Ent-

wicklung und Herstellung der nötigen Technologien als auch an der Forschung zu Einsatzmöglichkeiten und Interoperabilität beteiligen sich vor allem die großen europäischen Rüstungshersteller, wie z.B. EADS Cassidian, Thales und BAE Systems.

Etwa seit der Jahrtausendwende zielen EU-Strategien zur Eindämmung von Migrationsbewegungen auch auf die Einbindung der Herkunfts- und Transitstaaten von Migrantinnen und Migranten auf dem afrikanischen Kontinent ab. Vor diesem Hintergrund sind womöglich auch die geplanten Rüstungsgeschäfte großer deutscher Unternehmen mit algerischen Sicherheitskräften zu bewerten. Es geht um die Lieferung von Marinetechnologien, militärischen Fahrzeugen und Sicherheitselektronik im Wert von bis zu zehn Milliarden Euro.

Sowohl EUROSUR als auch die Algerien-Geschäfte illustrieren: der sicherheitspolitische Umgang mit Migrationsbewegungen schafft einen lukrativen Markt für europäische Rüstungshersteller. Eine zentrale Frage betrifft in diesem Zusammenhang die Verstrickung von Wirtschaftsinteressen und Politik. Auf ganz unterschiedlichen Wegen haben private Unternehmen und Verbände in Brüssel die Möglichkeit, Einfluss auf die Inhalte von Forschungsprogrammen der EU zum Thema Sicherheit zu nehmen. Es ist daher der Frage nachzugehen, inwieweit Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen nicht nur zu Beteiligten, sondern möglicherweise auch zu aktiven Gestaltern einer auf Eindämmung und Abschottung setzenden Migrationspolitik der EU geworden sind.

Marc von Boemcken und Ruth Vollmer

¹ vgl. Andrea Warnecke, Julie Brethfeld und Volker Franke, 2007; Jerry Sommer und Andrea Warnecke (eds), 2007; Clara Fischer und Ruth Vollmer (eds), 2009.

„Die Landschaft der militärischen Standorte Deutschlands wird sich nachhaltig ändern“

Durch militärische Standortschließungen sowie Truppenreduzierungen der Bundeswehr und von abziehenden NATO-Partnern stellt sich in ganz Deutschland aber auch in Nordrhein-Westfalen höchst aktuell die Frage der Liegenschaftskonversion. Die Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen Ulrich Burmeister, Gruppenleiter in der Abteilung Stadtentwicklung, und Michael Deitmer, Gruppenleiter Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung, sowie Lars Wirkus, Konversionsexperte des BICC, nehmen dazu Stellung.

8,3 Milliarden Euro war das Sparziel der Bundesregierung für das Verteidigungsressort. Minister de Maizière hat im Oktober letzten Jahres bekannt gegeben, dass bundesweit 31 der heute rund 400 Bundeswehrstandorte geschlossen und weitere 90 massiv verkleinert werden sollen. Hinzu kommen Abzugspläne der britischen Streitkräfte. Wie wird sich diese Truppenreduzierung auf die Landschaft der militärischen Standorte Deutschlands auswirken?

Lars Wirkus: Die Landschaft der militärischen Standorte Deutschlands wird sich in der Tat nachhaltig ändern – auch wenn diese Strukturreform der Bundeswehr in der Anzahl der Schließungen eher kleiner ausfällt, als die aus dem Jahre 2004. Viele Regionen und Kommunen werden die Auswirkungen der Schließung bzw. die Verkleinerung von Standorten zu spüren bekommen. Denn das Militär wird in der Summe weniger präsent sein, auch wenn Minister de Maizière sich bemüht hat, die Bundeswehr in der Fläche zu halten.

Entscheidend für diese Konversionswelle ist jedoch, dass die Reformbemühungen des Verteidigungsministers sowohl zeitlich als auch in ihren Auswirkungen mit denen anderer Staaten zusammenfallen. Viele Regionen und Kommunen müssen auch den Teilabzug amerikanischer, bzw. in NRW, den vollständigen Abzug britischer Streitkräfte verkraften. Neben Schließungen und Verkleinerungen in größeren Städten sind vor allem auch Kommunen im ländlichen Raum betroffen. Oft Regionen, die ohnehin schon durch den ökonomischen und demographischen Wandel nicht auf der Gewinnerseite stehen.

Auch viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind erheblich betroffen. Die Standorte Kerpen und Königswinter sind der Umstrukturierung in Gänze zum Opfer gefallen. Und die Reduzierung von 1.820 Dienstposten auf 120 Dienstposten am Standort Rheine kommt einer faktischen Schließung gleich. Wie gehen die Kommunen und Städte mit diesen zum Teil massiven strukturellen Veränderungsprozessen um?

Ulrich Burmeister: Der Umgang mit Strukturwandel ist an sich eine kommunale Daueraufgabe, zu der gerade in NRW langjährige Erfahrungen vorliegen. Zudem muss man differenzieren. An einigen Standorten werden sich problemlos Nachnutzungsmöglichkeiten finden lassen. In den meisten Fällen stellt die anstehende Konversionswelle die betroffenen Kommunen jedoch in der Tat vor schwierige Herausforderungen. Denn die Aufgabe der militärischen Nutzung fällt in eine Zeit vielerorts ohnehin rückläufiger Nachfrage nach Wohnungen und Gewerbeflächen. Das erfordert noch mehr als sonst eine sorgsame und die regionalen Zusammenhänge berücksichtigende Planung. Die Kommunen gehen diese Aufgabe nach unseren Erfahrungen insgesamt engagiert und zielgerichtet an.

Zur Unterstützung der vom Truppenrückzug betroffenen Kommunen hat das Land Nordrhein-Westfalen bereits in den Jahren 2010 und 2011 Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 Euro bzw. 350.000 Euro bereit gestellt, mit denen die landeseigene NRW.URBAN auf Antrag der Kommunen beauftragt werden konnte, Grundlagen für die Planung städtebaulicher Maßnahmen zu erarbeiten und Perspektivenwerkstätten durchzuführen. Auch im Entwurf des Haushaltsplans 2012 ist ein entsprechender Ansatz vorgesehen. Dies soll den Kommunen helfen, ihre Kenntnisse über die auf ihrem Gemeindegebiet befindlichen freierwerdenden Liegenschaften zu verbessern und eigene Zielvorstellungen für deren zukünftige Nutzung zu entwickeln.

Zwischen dem Bund, vertreten durch die BImA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben des Bundes), die möglichst viel Gewinn durch den Verkauf der freigezogenen Flächen erzielen will, und den Bundesländern und Kommunen, die sie, wenn überhaupt, so günstig wie möglich erwerben wollen, besteht ein



unübersehbarer Interessenkonflikt. Wie kann hier ein Ausgleich gefunden werden?

Michael Deitmer: Zur Erreichung eines Interessenausgleichs ist es notwendig, dass die Vermarktung der Liegenschaften durch die BImA nicht ausschließlich betriebswirtschaftlichen oder fiskalischen Parametern folgt. Dazu muss der BImA eine den kommunalen Zielvorstellungen entsprechende Nachnutzung auch dann ermöglicht werden, wenn diese nicht zum „vollen Wert“ realisiert werden kann oder ein positiver wirtschaftlicher Ertrag überhaupt nicht zu erzielen ist.

Zu diesem Zweck hat das Land NRW am 25. April 2012 einen Antrag zur Änderung des §1 des Gesetzes über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BimAG) in den Bundesrat eingebracht. Durch eine Öffnungsklausel des §1 BimAG soll die BImA in die Lage versetzt und dazu anhalten werden, den Verwertungsprozess der Liegenschaften im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes durchzuführen. Die wirtschaftliche Verwertung der Liegenschaften auf der einen und die Berücksichtigung strukturpolitischer Ziele des Bundes, der Länder und der Kommunen auf der anderen Seite sollen dabei gleichrangig berücksichtigt werden.

Welche finanz- und strukturpolitischen Instrumente halten Sie mittel- bis langfristig für notwendig, um die Kommunen bei der Umsetzung der zivilen Nachnutzung der vormals militärisch genutzten Flächen zu begleiten?

Ulrich Burmeister: Eine gelungene Konversion braucht Geld, noch mehr benötigt sie aber gute Ideen und mutige Entscheidungen. Voraussetzung erfolgreicher Konversion ist neben sorgfältiger kommunaler Planung weiterhin, dass der Bund als Eigentümer seiner strukturpolitischen Verantwortung – vor allem bezüglich Altflastensanierung, Preisvorstellungen und Prozessabwicklung – gerecht wird. Erst danach kommen aus meiner Sicht flankierende Finanzhilfen des Landes in Betracht. Mit Mitteln der Städtebauförderung können die Kommunen z.B. bei der Herstellung nachhaltiger Strukturen in von erheblichen städtebaulichen Funktionsverlusten betroffenen Gebieten unterstützt werden. Da die entsprechenden Programme im letzten Jahr vom Bund stark gekürzt worden sind, haben

die Regierungschefinnen und -chefs der Länder auf ihrer Sitzung am 15. Dezember 2011 in Berlin zur Bewältigung der Konversion zusätzliche Finanzmittel für die Städtebauförderung gefordert. Auch in anderen Politikfeldern sind flankierende Finanzhilfen möglich. Zunächst einmal müssen aber überzeugende Konzepte auf den Tisch.

Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren ohne Zweifel bewiesen, dass Liegenschaftskonversion als gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen einen positiven Beitrag zum Strukturwandel leisten kann. Wie kann das Land heute an diese Erfahrungen anknüpfen?

Michael Deitmer: Die Bundeswehrstrukturreform des Jahres 2011 und der angekündigte Abzug aller britischen Streitkräfte aus Deutschland zum Jahr 2020 fügen sich in eine Reihe solcher Schritte der letzten Jahre ein. So haben auch die Bundeswehrstrukturreformen 2001 und 2004 das Land NRW und die Kommunen vor große Herausforderungen gestellt.

Der Konversionsprozess kann als besondere Form des Strukturwandels angesehen werden. Durch den Strukturwandel im Ruhrgebiet hat das Land NRW schon über 40 Jahre Erfahrung, wie mit solchen Veränderungen umgegangen werden kann. So sind verschiedene Lösungsansätze und Best-Practice Methoden entwickelt worden, mit denen auch die unterschiedlichen Herausforderungen des Konversionsprozesses bewältigt werden können.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns gelehrt, dass es für den Konversionsprozess sinnvoll ist, schon frühzeitig abgestimmte Strategien in den einzelnen Handlungsfeldern zu erarbeiten. Zu diesem Zweck hat das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBWV) als ressortübergreifender Ansprechpartner zum Thema Konversion die hundertprozentige Landesgesellschaft NRW.URBAN damit beauftragt, die betroffenen Kommunen bei der Entwicklung von Perspektiven und Strategien für tragfähige zivile Nachnutzungen zu unterstützen und professionell zu beraten. So kann die Landestochter beispielsweise mit der Durchführung von Perspektivenwerkstätten, der Sammlung und Bewertung von

Daten zu den betroffenen Immobilien, einer städtebaulichen Erstplanung und der Steuerung des Gesamtprozesses beauftragt werden.

Wichtig ist es, in einem Konversionsprozess nicht ausschließlich Risiken zu sehen, sondern einen solchen Prozess auch als Chance zu begreifen. Es gibt bei einer Nachfolgenutzung kein Patentrezept. Jeder Standort, jede Kommune hat eigene Stärken und Schwächen. So können zum Beispiel innerstädtisch gelegene Brachflächen zu einer flächensparenden Stadt- und Siedlungspolitik beitragen. Ressourcen können eingespart und Stadtteile aufgewertet werden. Die Ausrichtung der Flächenpolitik auf die Revitalisierung von Brachflächen ist ein nachhaltiges Leitprinzip der Raumordnung, Stadtentwicklung und Umweltpolitik des Landes.

Hannelore Kraft hat als Ministerpräsidentin des Landes NRW ein 5-Punkte-Programm vom Bund gefordert, um den betroffenen Regionen den Übergang von militärischer zur zivilen Nutzung zu erleichtern. Andere Ministerpräsidentinnen und -präsidenten unterstützten den Ruf nach einem Bundeskonversionsprogramm. Welche Chancen hat eine solche Initiative?

Lars Wirkus: Die Forderung nach einem Konversionsprogramm des Bundes ist nicht neu. Sie wurde bisher bei jeder Konversionswelle aufgeworfen, von einzelnen Politikern oder einzelnen Fraktionen. Neu ist dieses Mal, dass die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten gemeinsam diese Forderung vorbringen, was der Sache den nötigen Nachdruck verleiht.

Wenn Sie mich als Konversionsexperten fragen, ist die von Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft angeführte Forderung durchaus berechtigt, da vielfach Regionen und Kommunen die Folgen einer sicherheitspolitisch, strukturell und militärökonomisch begründeten Abzugsentscheidung zu tragen haben, auf die sie selbst keinen Einfluss haben. Denn oft sind heute Kommunen von Standortschließung oder -verkleinerung betroffen, die zu Zeiten der Gründung in den 1960er bis 1980er Jahren aus militärischen aber eben auch aus wirtschaftsstrukturellen Gründen, nämlich der Stärkung strukturschwacher Gegenden, als Standortkommune ausgewählt wurden.

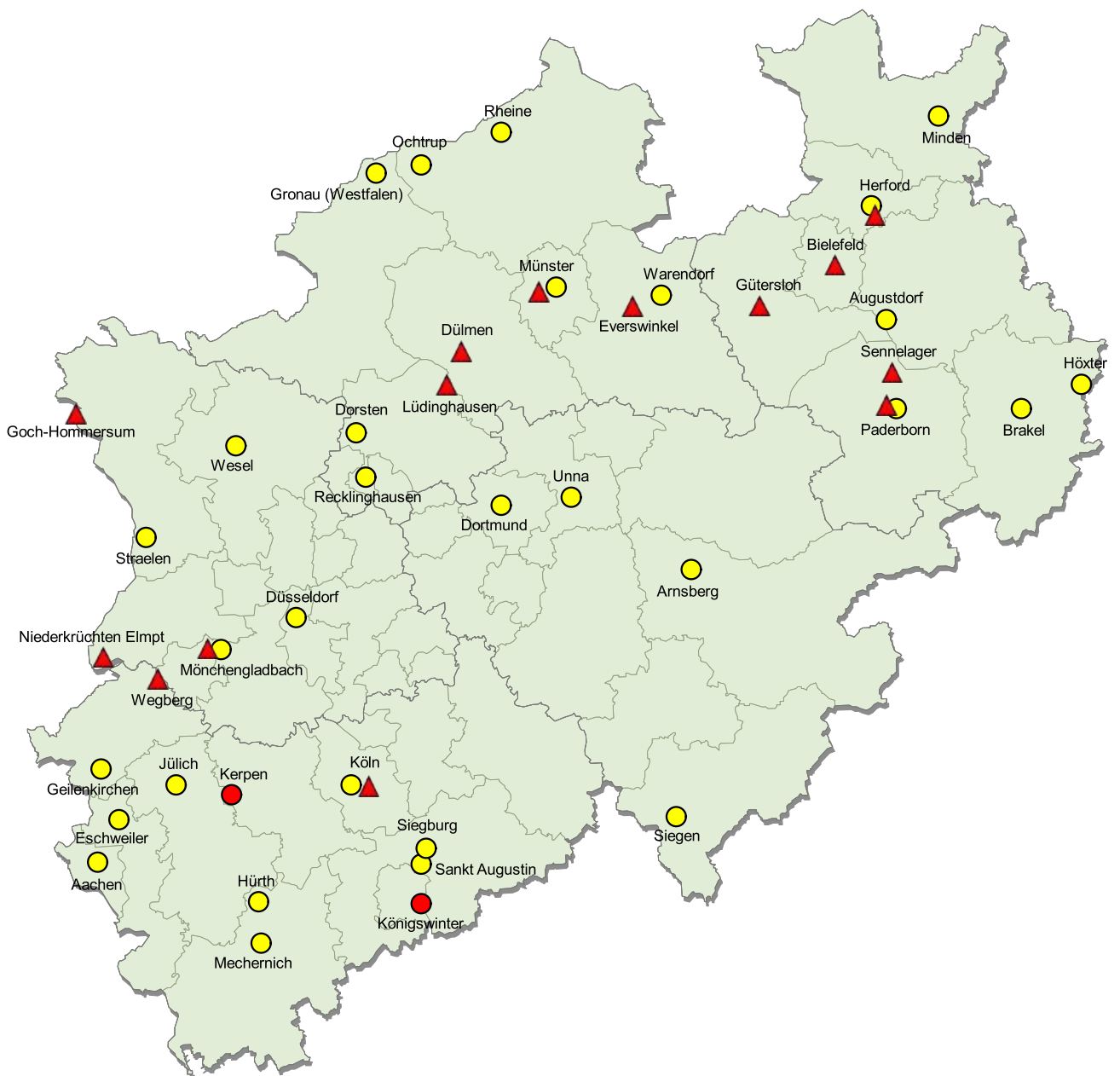
Darüber hinaus zeigt die Erfahrung aus der Hochzeit der Liegenschaftskonversion in den 1990er Jahren, dass Förderprogramme, wie z.B. die damalige EU-Gemeinschaftsinitiative KONVER, einen wesentlichen Anteil am Erfolg von Konversionsprojekten hatten. Da die wirtschaftlichen Vorzeichen heute ungleich schlechter sind als damals, unterstreicht dies wiederum, dass ein solches Programm ein Gebot der Stunde ist.

Ich denke, mit einem guten Vorschlag, wie ein solches Konversionsprogramm auszusehen hat und wie es umzusetzen wäre, könnte man es dieses Mal vielleicht schaffen den Bund zu überzeugen. Denn nicht zuletzt der Bund selbst hat ein großes Interesse daran, dass möglichst viele der Konversionsflächen zeitnah und sinnvoll nachgenutzt werden, da so auch entsprechende Gewinne aus der Vermarktung und der Entwicklung als Einnahme für die Steuerkassen generiert werden können. Das BICC ist, wenn gewünscht, selbstverständlich gerne bereit, seine langjährigen Erfahrungen in die Ausgestaltung eines solchen Bundeskonversionsprogramms einfließen zu lassen.

Die Fragen stellte Susanne Heinke

Projekttitlel:	Fortlaufende Beratung zu Fragen der Liegenschaftskonversion
Laufzeit:	seit März 2010
Gefördert durch:	Land NRW
Projektpartner:	NRW.URBAN
Projektleitung:	Lars Wirkus
Publikationen:	s. Publikationsliste
Programmbereich:	Liegenschaftskonversion
Projektkategorie:	Beratung

Auswirkungen der Bundeswehrstrukturreform 2011 und des geplanten Truppenabzugs britischer Streitkräfte in Nordrhein-Westfalen



Legende

Bundeswehrstandorte	Britische Standorte
● Schließung	▲ Schließung
● Reduzierung	

Quellen: Bundesministerium der Verteidigung, UK Ministry of Defence

Publikationsliste

Briefs

brief 45. Boemcken, Marc von (Hg.). 2012. *Commercial Security and Development. Findings from Timor-Leste, Liberia and Peru*. Bonn: BICC, Januar.

brief 46. Müller, Marie und Friedel Hütz-Adams (Hg.). 2012. *Kleinbergbau in Peru und der DR Kongo*. Bonn: BICC (i.E.).

Occasional Papers

Occasional Paper VIII. Grebe, Jan und Christoph Schwarz. 2012. *Alle gegen Einen oder Alle gegen Alle? Sicherheitspolitische Implikationen des Aufstiegs Chinas am Beispiel maritimer Rüstungsanstrengungen in Asien*. Bonn: BICC (i.E.).

Bulletins

BICC bulletin, No. 60, April–June 2012

Feature: *Peace Report 2012* (Extract from "Editors' Comments: Current Developments and Recommendations"). Schoch, Bruno et al. (eds.). 2012. *Friedensgutachten 2012*. Münster: Lit-Verlag (i.E.).

BICC bulletin, No. 59, January–March 2012

Feature: *Half-truths, myths and lies (Reflexions on the nuclear dispute with Iran)*. Jerry Sommer.

BICC bulletin, No. 58, October–December 2011

Feature: *Peace policy implications of maritime re-armament*. Jan Grebe and Christoph Schwarz.

BICC bulletin, No. 57, July–September 2011

Feature: *Re-defining the human security debate through social media*. Katherine Prizeman.

BICC bulletin, No. 56, April–June 2011

Feature: *The revolutionary awakening in the Arab world. Extract from "Editors' Comments: Current Developments and Recommendations"* (translated into English). Johannsen, Margret et al. (eds.). 2011. *Friedensgutachten 2011*. Münster: Lit-Verlag.

Focus

BICC Focus 10

Sommer, Jerry. 2011. „Atomkonflikt Iran: Diplomatische Lösung noch immer möglich?!“ Bonn: BICC, Dezember.

Features

BICC Feature 1

Kahl, Marius. 2011. "The Challenge of Managing State-owned Small Arms and Light Weapons in South Sudan." Bonn: BICC, Oktober.

BICC Feature 2

Sommer, Jerry. 2012. „Krieg gegen den Iran – Tickt die Uhr?“ Bonn: BICC, März.

Andere BICC Publikationen

Bonn International Center for Conversion und Südwind Institut für Ökonomie und Ökumene (Hg.). 2012. „Tagungsdokumentation. Kleinbergbau von Gold in der DR Kongo und Peru“. Online Publikation. <http://www.bicc.de/uploads/pdf/publications/other/2012/Tagungsdokumentation-Kleinschnefer.pdf>

Grebe, Jan. 2011. „Der Globale Militarisierungsindex (GMI) 2012 des BICC.“ Informationsblatt. Bonn: BICC.

Grebe, Jan. 2011. "BICC's Global Militarization Index (GMI) 2012." Fact Sheet. Bonn: BICC.

Heinke, Susanne (Hg.). 2012. "Farewell to Peter J. Croll." Festschrift. Bonn: BICC (i.E.).

Weitere Veröffentlichungen

Ashkenazi, Michael. 2012. "Development is Destruction, and other things you weren't taught at school." In Volker Franke und R. Dorff (Hg.). *Conflict Management: A Tool for U.S. National Security Strategy*. Carlisle, PA: US Army War College.

Ashkenazi, Michael. 2012. "What do the Natives Know? Societal mechanisms for controlling small arms." In Owen Greene und Nicholas Marsh (Hg.). *Small Arms, crime and conflict: Global governance*

and the threat of armed violence. London: Routledge, S. 228–47.

Ashkenazi, Michael. 2011. „Themenschwerpunkt: Sicherheitsapparate in fragilen und autoritären Staaten“. (Security Apparatuses in Fragile and Authoritarian States). *Sicherheit und Frieden*, Vol. 29, No. 4, Gast-Mitherausgeber.

Boemcken, Marc, von und Bernhard Moltmann. 2012. „Der eingebilddete Kranke. Rüstungsindustrie in Zeiten klammer Kassen“. In Bruno Schoch, Corinna Hauswedell, Janet Kursawe und Margret Johannsen. *Friedensgutachten 2012*. Münster: LIT-Verlag.

Efraime, Boia. 2011. „Psicotramatologia – Traumas de guerra nas ex-crianças soldado em Moçambique.“ In Efraime Boia Jr and Silva Revista Ilidio. *Psique*. Maputo: Ministerio da Saude, Outubro, S. 23–38.

Efraime, Boia (Hg.). 2011. *Psicologia e violência sexual contra a criança*. Maputo: Imprensa Universidade Pedagógica.

Efraime, Boia. 2011. „A violência sexual contra crianças na Psicotraumatologia.“ In Boia Efraime, Jr. (Hg.). *Psicologia e violência sexual contra a criança*. Maputo: Imprensa Universidade Pedagógica, S. 70–81.

Efraime, Boia. 2011. „Notas sobre terapia do trauma.“ In Boia Efraime, Jr (Hg.). *Psicologia e violência sexual contra a criança*. Maputo: Imprensa Universidade Pedagógica, S. 101–107.

Franke, Volker und **Marc von Boemcken.** 2011. „Guns for Hire: Motivations and Attitudes of Private Security Contractors.“ *Armed Forces and Society*, Vol. 37, No. 4, Juli, S. 725–42.

Grawert, Elke. 2012. „State Building im Südsudan: Wie können Staatsaufbau und Friedenssicherung zusammenkommen?“ In Marcus Schaper (Hg.). *Good Enough Governance?* Loccum: Loccumer Protokoll / Tagungsdokumentation, S. 80–90.

Grebe, Jan. 2012. „Waffen für die Welt“. *JS Magazin*. März, pp. 28–30.

Guesnet, Lena und Raimund Bleischwitz. 2011. „Conflict Minerals.“ *Berkshire Encyclopedia of Sustainability. Natural Resources and Sustainability*, Vol. 4. Verfügbar unter <<http://www.berkshirepublishing.com/brw/product.asp?projID=68#>>.

Heinemann-Grüder, Andreas. 2012. „Zivile Konfliktbearbeitung: vom Anspruch zur Wirklichkeit“. In Bruno Schoch et al. (Hg.). *Friedensgutachten 2012*. Münster: LIT-Verlag.

Hauswedell, Corinna und Janet Kursawe. 2012. „Ein Ende der Politik? Die große Verunsicherung der Mächtigen und Ohnmächtigen.“ In Bruno Schoch et al. (Hg.). *Friedensgutachten 2012*. Münster: LIT-Verlag.

Kurtenbach, Sabine and **Herbert Wulf.** 2012. „Violence and Security Concerns in Post-Conflict Situations.“ Project Working Paper 3. Duisburg: Institute for Development and Peace, University of Duisburg.

Müller, Marie. 2011. „Turning the curse into a blessing: A convenient illusion. Lessons from the Nigerian EITI process.“ In Jürgen Runge und James Shikwati (Hg.). *Geological Resources and Good Governance in Sub-Saharan Africa*. London: CRC Press, Taylor and Francis Group, S. 69–88.

Renaud, Fabrice und **Lars Wirkus.** 2012. „Water, Climate Change and Human Security: Conflict and Migration.“ In United Nations University - Institute for Water, Environment & Health (UNUINWEH) and the Walter & Duncan Gordon Foundation (Hrsg.). *The Global Water Crisis: Addressing an Urgent Security Issue*. Papers for the Interaction Council (i.E.).

Scheffran, Jürgen und **Ruth Vollmer.** 2012. „Migration und Klimawandel: globale Verantwortung der EU statt Angstdebatte“. In Bruno Schoch et al. (Hg.). *Friedensgutachten 2012*. Münster: LIT-Verlag.

Sommer, Jerry. 2011. „Weichenstellung für mehr Kontrolle? Nach den Beratungen über ein internationales Waffenhandelsabkommen“. NDR-Sendung „Streitkräfte und Strategien“, 30. Juli, verfügbar unter <<http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/>

streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript269.pdf>.

Sommer, Jerry. 2011. „Trotz Schuldenkrise nur zögernde Sparbemühungen? Die immensen US-Militärausgaben“. NDR-Sendung „Streitkräfte und Strategien“, 24. September, verfügbar unter <http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript319.pdf>.

Sommer, Jerry. 2011. „Vom NATO-Musterknaben zum Sicherheitsrisiko? Die Folgen der Sparpakete für die griechischen Streitkräfte“. NDR-Sendung „Streitkräfte und Strategien“, 8. Oktober, verfügbar unter <http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript323.pdf>.

Sommer, Jerry. 2012. „Streitpunkt Raketenabwehr in Europa - Stand und Perspektiven vor dem NATO-Gipfel“. Februar verfügbar unter <http://www.paulschaefer.info/fileadmin/lcmsschaefer/download/1202_raketenabwehr.pdf>.

Sommer, Jerry. 2012. „NATO-Raketenabwehr? Nur symbolische Beiträge der Europäer?“ NDR-Sendung „Streitkräfte und Strategien“, 11. Februar, verfügbar unter <http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript339.pdf>.

Sommer, Jerry. 2012. „Glaubwürdige Dialogbereitschaft? Nach dem nordkoreanischen Atom-Moratorium“. NDR-Sendung „Streitkräfte und Strategien“, 24. März, verfügbar unter <http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript347.pdf>.

Sommer, Jerry. 2012. „Vergeblicher Kampf gegen das Sparpaket? Wo das griechische Militär abspecken muss.“ NDR-Sendung „Streitkräfte und Strategien“, 5. Mai, verfügbar unter <http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript353.pdf>.

Sommer, Jerry. 2012. „Iran – Wie kann man die Kriegshühen anhalten?“ In Bruno Schoch et al. (Hg.). *Friedensgutachten 2012*. Münster: LIT-Verlag.

Wirkus, Lars. 2012. „Liegenschaftskonversion im Wandel - Ausmaß, Auswirkungen, Akteure.“ In Städte- und Gemeinderat (Hrsg.). *Konversion*. Ausgabe 7-8/2012 (i.E.).

Wulf, Herbert. 2011. “The Privatization of Violence: A Challenge to State-Building and the Monopoly on Force.” *Brown Journal of World Affairs*, Vol. XVIII, Issue 1, Fall/Winter, S. 137–49.

Wulf, Herbert. 2011. “North Korea's Military-Diplomatic Campaigns, 1966–2008 (by Naruhisa Michishita) (Buchbesprechung).” *Sicherheit und Frieden*, 4/20211, S. 285–86.

Wulf, Herbert. 2011. Rebuilding the Security Sector in Post-Conflict Societies, by Judy Smith-Höhn (Buchbesprechung), *Wissenschaft und Frieden*, 3/2011, S. 60–61.

Wulf, Herbert. 2011. “Robert Neunmann, Sir Basil Zaharoff”. Der König der Waffen (eds. Jäger-Gogol, Becker) (Buchbesprechung)“ *Sicherheit und Frieden*, 3/2011, S. 220–21.

Wulf, Herbert. 2011. “Will the European Defence Market Strengthen or Weaken the EU's Foreign and Security Policy?” In Alyson J.K. Bailes and Sara Depau (Hg.). *The EU Defence Market*. Brussels: Flemish Peace Institute, S. 23–30.

Wulf, Herbert. 2011. “Security Sector Reform in Developing and Transitional Countries Revisited.” In Beatrix Austin, Martina Fischer and Hans J. Giessmann (Hg.). *Advancing Conflict Transformation. The Berghof Handbook II*. Opladen: Barbara Budrich Publishers, Juli, S. 337–57.

Wulf, Herbert. 2011. „Konversion 2.0“. *Wissenschaft und Frieden*, Vol. 29, No. 2, S. 31–34.

Wulf, Herbert. 2011. „Friedensdividende“. In Hans J. Gießmann und Bernhard Rinke (Hg.). *Handbuch Frieden*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 138–48.

Wulf, Herbert. 2011. „Frieden und Politikberatung“. In Hans J. Gießmann und Bernhard Rinke (Hg.). *Handbuch Frieden*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 495–502

Frieden, Sicherheit und Entwicklung fördern durch Forschung, Beratung und Kapazitätenentwicklung

Das BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion) befasst sich als unabhängige, gemeinnützige Organisation mit einem breiten Spektrum globaler Themen der Friedens- und Konfliktforschung.

Frieden und Entwicklung zu fördern ist die wichtigste Voraussetzung für Sicherheit und die Transformation von Konflikten. Das BICC versteht dabei „Konversion“ umfassend als Verringerung und Umwandlung von militärischen Beständen, Kapazitäten und Prozessen. Dieses Konzept der Konversion beinhaltet ein Verständnis von Frieden und Sicherheit, das über eine enge Schwerpunktsetzung auf die militärische Sicherheit von Staaten hinausgeht.

Programmbereiche

Den Rahmen der Arbeit des BICC bilden deshalb die sechs Bereiche

- **Sicherheit – Akteure, Systeme, Bedrohungen**
- **Waffen – Globale Trends, Exporte, Kontrolle**
- **Ressourcen und Konflikte**
- **Migration, Konflikte und Sicherheit**
- **Liegenschaftskonversion**
- **Daten und GIS** (Geographische Informationssysteme).

Sie ergänzen sich und ermöglichen vielfältige thematische und methodologische Synergien.

Leistungen

Das Portfolio des BICC umfasst:

Anwendungsorientierte Forschung (Forschungsberichte, Hintergrund- und Evaluationsstudien, Folgenabschätzungen, Entwicklung von Indikatoren, Datensammlung und -analyse sowie Machbarkeitsstudien zur Unterstützung der Projektimplementierung).

Beratung (Hintergrundanalysen, Machbarkeits- und Evaluationsstudien, Trainings- und Expertenworkshops sowie die Bereitstellung von Langzeit- und Kurzeitexperten).

Entwicklung von Kapazitäten (Ausarbeitung von Konzepten und Modulen zu Weiterbildung und Training für Akteure in Friedensprozessen).

Partner, Förderer und Auftraggeber

Das BICC erhält vom Land Nordrhein-Westfalen eine institutionelle Förderung. Mit einer Professur für Friedens- und Konfliktforschung, die der wissenschaftliche Geschäftsführer innehaben wird, kooperiert das BICC mit der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Andere Partner, Förderer und Auftraggeber

Internationale und deutsche Forschungsinstitutionen, internationale und deutsche Stiftungen, UN- und andere internationale Organisationen, Bundesministerien wie das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie Einrichtungen wie die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), internationale und deutsche NGOs sowie internationale und bilaterale Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit.

Das BICC

Basierend auf seiner Forschung arbeitet das BICC als Think Tank, bietet (Politik)Beratung und Kapazitätenentwicklung.

Das BICC sammelt und veröffentlicht Informationen, Sachverständigengutachten und Publikationen und wendet sich damit an NGOs, Regierungen, private Organisationen, Forschungsinstitute und Universitäten sowie interessierte Einzelpersonen. BICC ist Mitherausgeber des jährlich erscheinenden „Friedensgutachten“ und einer internationalen wissenschaftlichen Schriftenreihe (Sustainable Peace and Global Security Governance).

Das BICC organisiert regelmäßig Ausstellungen, Konferenzen, Workshops und Gespräche mit Experten. Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit möchte das BICC seine zentralen Themen stärker in das Bewusstsein der Menschen rücken.

Das BICC wurde 1994 mit der Unterstützung des Landes NRW als gemeinnützige GmbH gegründet. Ab September 2012 wird es von einem wissenschaftlichen und einem kaufmännischen Geschäftsführer geleitet. Gesellschafter sind die Länder NRW und Brandenburg. Die Gremien des BICC sind der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und das Internationale Kuratorium.

Fotos

- S. 4 Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland. Botschafter Rolf Nickel
- S. 5 BICC. Peter J. Croll
- S. 8 Barbara Frommann/BICC. Abschiedsfeier Peter J. Croll: Sverre Lodgaard, Dr. Flavia Pansieri, Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch, Peter J. Croll, Staatssekretär Helmut Dockter, Michael Dedek (v.l.)
- S. 9 Heiliger/BICC. Diskussion zum Friedensgutachten 2011 in Bonn: Dr. Corinna Hauswedell, Herausgeberin, BICC, Ute Lange, WIIS.de, Burak Copur, Autor FGA (v.l.)
- S. 10 Barbara Frommann/Uni Bonn. Prof. Dr. Jürgen Fohrmann, Rektor der Universität Bonn, und Peter J. Croll, Direktor BICC, unterzeichnen den Kooperationsvertrag
- S. 11 Heinke/BICC. Diskussion zum Atomkonflikt mit dem Iran: Jerry Sommer, Associate Researcher BICC, Dr. Rolf Mützenich MdB, Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Peter J. Croll, Direktor BICC
- S. 13 Jacob I. Allison, Mass Communication Specialist/U.S. Navy photo. MH-60S Sea Hawk Hubschrauber neben dem Versorgungs- und Munitionsschiff USNS Carl Brashear (T-AKE 7) in der Philippinensee
- S. 15 Sonaz/Wikipedia. Leopard 2A5 mit KADAG (Kanonen-Abschuß-Darstellungs-Gerät)
- S. 17 Kahl/BICC. Waffen- und Munitionslager
- S. 19 Lance Cpl. Manuel Valdez/U.S. Marine Corps. US-Marines bei einer Gefechtsübung im Marine Corps Air Ground Combat Center Twentynine Palms, Californien, USA, mit einer Stinger-Rakete
- S. 21 Moser B./ Wikipedia. In ihre Bestandteile zerlegte AK47
- S. 25 RSSDDRC-PI. Teilnehmerin einer DDR-Maßnahme im Südsudan nach dem Erhalt ihres Zertifikats
- S. 27 Von Boemcken/BICC. Militärparade in Cajamarca, Peru
- S. 29 Andrä/BICC. Ölförderung im Südsudan
- S. 31 Schure/BICC. Goldschürferinnen in der DR Kongo
- S. 33 Sara Prestianni / noborder network. Flüchtlinge erreichen im August 2007 die italienische Insel Lampedusa
- S. 35 Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen; BICC. Ulrich Burmeister, Michael Deitmer, Lars Wirkus (v.l.)